AZA 3000 BERN 15 NR. 21 | 14. DEZEMBER 2018 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNI

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Gelbe Westen: Vom Rüpel-Protest zum sozialen Aufstand? Seite 7

Neuer Bau-Vertrag noch im alten Jahr: Geschafft?

Sie sind 30 von Tausenden Bauarbeitern, die für Rente mit 60 und mehr Lohn gekämpft haben. Seite 2

FOTOS:PATRICIA D'INCAU, CHRISTIAN EGG, RALPH HUG, KEYSTOEN, GETTY

Merci, Susanne Leutenegger Oberholzer

«slo» prägte 23 Jahre Schweizer Politik. Die Würdigung. Seite 3

SGB I: Hallo Frauenstreik

Was jetzt wie wo warum läuft Seite 10

SGB II: Hallo Mann Maillard

Eine feministische Analyse. Seiten 10–11

Problem-Fall Cassis

Solidar-Präsident Carlo Sommaruga redet Klartext: FDP-Bundesrat verrät die humanitäre Schweiz. Das Interview. Seite 5

workedito
Marie-Josée Kuhn

AMHERD, DIE ERSTE

Wir enden das Jahr, wie wir es begonnen haben, mit dem Bau. Und mit guter Hoffnung: Es scheint noch im alten Jahr zu einem neuen Landesmantelvertrag zu kommen, der nicht von schlechten Eltern ist (siehe Artikel rechts). Noch müssen die Sozialpartner dem Verhandlungsresultat zustimmen. Und die Baumeister tun dies erst nach Erscheinen dieser Nummer.
Wir enden das Jahr aber auch mit einer Verteidigungsministerin. Der ersten der Schweiz. SVP und FDP haben CVP-Frau Viola Amherd nach der Feier ins Militärdepartement abgeschoben, schreibt work-Autor Clemens Studer (Seite 3).

OGI & DIE OFFIZIERE. *Das Trostpreis-Departement VBS gehört seit 23 Jahren der SVP und den Pleiten und Pannen: Gripen-Grounding, IT-Korruption, Duro-Debakel, Stalker-Skandal, Bodluv-Abbruch usw. Nicht faul, desertiert nun Guy Parmelin nach nur drei Jahren VBS ins Wirtschaftsdepartement. Und schon fragt sich die Offiziersgesellschaft, ob das wohl gut komme mit einer «Nicht-Militär-Fachfrau» am VBS-Ruder. All die Militär-Fachmänner vor Amherd schafften es nicht, den Saustall auszumisten: Major Ogi nicht, Oberst Schmid nicht, weder Major Maurer noch Korporal Parmelin. Aber jetzt, wo erstmals eine Frau Chefin wird, jetzt machen sich die Militärs Sorgen.*

Jetzt, wo eine Frau VBS-Chefin wird, machen sich die Militärs Sorgen.

STALIN & DIE NACHTHEXEN. *Auch Josef Stalin fand, Krieg sei nichts für Frauen. Doch er hatte nicht mit Marina Raskowa gerechnet. Die passionierte Pilotin wollte einfach fliegen. Im September 1938 flog sie mit zwei anderen Frauen einen Weltrekord von knapp 6000 Kilometern. Als der Sprit ausging über Sibirien, sprang Raskowa mit dem Fallschirm ab. Und kämpfte sich zehn Tage lang durch die Ödnis der Taiga, bis sie auf Menschen stiess. So wird erzählt. Und irgendwann dämmerte es dann auch Stalin. Der Befehl Nr. 0099 autorisierte Raskowa, drei Frauen-Fliegerregimenter auf die Beine zu stellen. Unter anderem das 588. Nachtbomberregiment. Die Nazis nannten es nur die «Nachthexen» und lachten über diesen «Mädchenkindergarten». Bis ihnen das Lachen verging: Die «Heldinnen der Sowjetunion» flogen ohne Funk und mit offenem Cockpit 23 672 Einsätze und verstreuten rund 3000 Tonnen Bomben. Das war vor rund 80 Jahren.*
Seither waren die Frauen im Palästinakrieg und im Golfkrieg. Finnland wählte 1990 die erste Verteidigungsministerin. Das war vor 28 Jahren. Und als 2008 die Sozialistin Carme Chacón in Spanien Armeeministerin wurde, war sie im siebten Monat schwanger. Sie flog sofort zu den Truppen nach Afghanistan. Das war vor 10 Jahren. Noch Fragen, liebe Offiziersgesellschaft?

Liebe Leserinnen und Leser, work macht jetzt Weihnachtspause. Wir wünschen Ihnen ganz schöne Festtage und einen prima Rutsch ins 2019!

Die Redaktion

Landesmantelvertrag: Baumeister und Gewerkschaften einigen sich

Mehr Lohn – und die Frühpension mit 60 bleibt erhalten

Für die Bauleute hat sich der intensive Kampf gelohnt: ein erneuerter Landesmantelvertrag, mehr Lohn und eine sichere Rente mit 60 – darauf haben sich die Verhandlungsdelegationen geeinigt. Die definitiven Entscheide fallen demnächst.

FOTO: LUCAS DUBUIS

STARKES ZEICHEN: Im Oktober gingen in der ganzen Schweiz Tausende auf die Strasse, wie hier in Lausanne.

RALPH HUG

Es brauchte noch eine Extra-Sitzung. Doch dann, in der 20. Verhandlungsrunde, war der Durchbruch da. Die Gewerkschaften und der Baumeisterverband einigten sich im Verhandlungsmarathon um Lohn, Rente und einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) auf ein gemeinsames Resultat. Und so sieht es aus:

RENTE 60: Die wichtigste Errungenschaft der Bauleute bleibt erhalten. Und zwar ohne Abstriche: Es gibt keine Erhöhung des Rentenalters und auch keine Rentenkürzungen. Um die finanzielle Belastung durch die in Rente gehende Generation der Babyboomer aufzufangen, steigen die Beiträge der Arbeitnehmenden vorübergehend an: im 2019 um 0,5 Lohnprozent und im 2020 nochmals um 0,25 Lohnprozent. Der flexible Altersrücktritt (FAR) steht damit in Zukunft auf einer sicheren Grundlage.

LANDESMANTELVERTRAG: Der LMV wird erneuert, mit einigen Verbesserungen für beide Seiten. So muss ein Patron ältere Bauarbeiter vor einer Entlassung zwingend anhören. Neu gilt der LMV auch bei Asbestsanierungen. Und künftig können die paritätischen Berufskommissionen die Arbeitnehmenden über geldwerte Verstösse von fehlbaren Firmen informieren. Dies hilft Betroffenen, zu ihrem Geld zu kommen. Weiter wird die Zahl der monatlich möglichen Überstunden von 20 auf 25 erhöht. Diese Überstunden, für die ein Zuschlag von 25 Prozent fällig ist, werden neu Ende April statt Ende März ausbezahlt. An der Zahl von 100 Mehrstunden im ordentlichen Arbeitszeitkalender ändert sich jedoch nichts.

MEHR LOHN: Für 2019 gibt es eine Lohnerhöhung von 80 Franken pro Monat für alle und für 2020 nochmals eine generelle Erhöhung von 80 Franken. Ebenso werden die Mindestlöhne im gleichen Rahmen angepasst.

Unia-Bauchef Nico Lutz bewertet das Ergebnis positiv: «Wir haben ein realistisches Resultat erzielt.» Beide Seiten seien im Interesse eines Kompromisses von den ursprünglichen Maximalforderungen abgerückt. Hinter der Einigung liegt eine längere Phase der Mobilisierung. Dies vor allem, weil die Frühpensionierung in Gefahr war. Wegen ihres grossen Erfolgs braucht der FAR eine Nachfinanzierung. Im vergangenen Juni machten 18 000 Bauleute mit einer mächtigen Demo in Zürich klar, dass an dieser sozialen Errungenschaft nicht zu rütteln ist. Und mit den Streikaktionen im Oktober, an denen Tausende in allen Landesteilen mitmachten, setzten die Baubüezer nochmals Druck für ein gutes Verhandlungsergebnis auf.

Der flexible Altersrücktritt (FAR) steht nun auf einer sicheren Grundlage.

Noch ist dieses Resultat nicht fix. Beide Lager müssen es absegnen. Zuerst ist die Unia-Berufskonferenz dran. Sie entscheidet an diesem Wochenende, ebenso die Gewerkschaft Syna. Die Baumeister beschliessen dann am 19. Dezember, fünf Tage vor Weihnachten. Die Delegationen beider Seiten wollen sich in ihren Reihen für den erzielten Kompromiss einsetzen. Gibt es grünes Licht, gilt ab 2019 der erneuerte LMV für eine Periode bis 2022. Und ein weiteres kämpferisches Jahr geht zu Ende, in dem die Bauleute allen gezeigt haben, dass sich Engagement und Solidarität auszahlen.

Der neue internationale Lohnbericht der ILO zeigt:

Löhne steigen im Schneckentempo

Schwacher Zuwachs, dafür riesige Ungleichheit: Das ist das Ergebnis einer globalen Lohnauswertung.

PATRICIA D'INCAU

Für Berufstätige in der ganzen Welt geht es mit den Löhnen kaum vorwärts. Das zeigt der globale Lohnbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Sie hat Daten aus 136 Ländern ausgewertet. Das Resultat: 2017 ist der weltweite Lohnzuwachs durchschnittlich auf 1,8 Prozent geschrumpft. 2016 waren es noch 2,4 Prozent. Damit ist die Lohnentwicklung so schlecht wie während der letzten Finanzkrise.

Frauen verdienen weltweit 20 Prozent weniger als Männer.

Zwar war die Arbeitsproduktivität im Zeitraum der Erhebung leicht schwächer. Alleine damit lasse sich das geringe Lohnwachstum aber nicht erklären, hält die ILO fest. Einfluss hätten auch Faktoren wie die steigende Anzahl von Teilzeitstellen und der Einsatz von neuen Technologien.

ILO-Generaldirektor Guy Ryder mahnt: «Stagnierende Löhne sind ein Hemmschuh für Wirtschaftswachstum.» Regierungen müssten deshalb zusammen mit den Sozialpartnern «Wege für sozial und wirtschaftlich nachhaltige Lohnzuwächse» finden.

FRAUEN DISKRIMINIERT. Die ILO untersuchte auch die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann. Das Resultat: Weltweit liegt der Lohnunterschied nach wie vor bei durchschnittlich 20 Prozent. Die Schweiz liegt mit 18,1 Prozent nur leicht darunter. Im Vergleich mit 26 Ländern mit ähnlichen Einkommen belegt die Schweiz in Sachen Lohnungleichheit den siebten Platz.

Die Berechnungen der ILO zeigen: Lohnunterschiede lassen sich nicht alleine mit Faktoren wie Bildung, Alter und Mutterschaft erklären. In der Schweiz verdienen Frauen 10 Prozent weniger, nur weil sie Frauen sind. Trotzdem haben Bundesrat und Parlament nur Mini-Massnahmen zur Lohngleichheit ergriffen.

Ein wirksames Mittel für Lohngleichheit ist Lohntransparenz. Eine Studie in Dänemark hat das jetzt erstmals bewiesen. Dort verkleinerte sich die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern mit Inkrafttreten eines Transparenzgesetzes um 7 Prozent.

Biberli meint: «Jetzt haben wir das Geschenk!»

Die nächste Ausgabe von work erscheint am 18. Januar 2019.
Wir wünschen ein frohes Fest und einen guten Rutsch!

SUSANNE LEUTENEGGER OBERHOLZER: Keine andere Politikerin kann den SVP-Führer und andere rechte Herrschaften so charmant abservieren. FOTO: KEYSTONE

23 Jahre Nationalrätin Leutenegger Oberholzer

Slo gut, merci!

Susanne Leutenegger Oberholzer war in zwei Etappen 23 Jahre lang Nationalrätin. Jetzt ist sie zurückgetreten. Eine Würdigung in Fragmenten.

CLEMENS STUDER

Nationalratssaal, Morgen des 9. Dezember 1987. Nach den Rücktritten von Pierre Aubert (SP) und Leon Schlumpf (SVP) aus dem Bundesrat stehen Ersatzwahlen an. Offiziell als Nachfolger nominiert sind René Felber (SP) und Adolf Ogi (SVP). Erste und einzige Bundesrätin bleibt Elisabeth Kopp. Am Rednerpult steht eine neugewählte Nationalrätin der Progressiven Organisationen (Poch) aus dem Baselbiet und wettert gegen diese Männerwirtschaft. Es ist der erste Auftritt von «slo», von Susanne Leutenegger Oberholzer (70) im nationalen Parlament. Im Rat murrt's.

ETWAS STIMMT NICHT

Die Sache mit den Männern und der Gerechtigkeit hat sie früh geprägt. Ihr Vater wollte nicht, dass sie aufs Gymi gehe. Slo: «Unnötig für ein Mädchen. Meine Schwester wurde Primarlehrerin. Das ging knapp noch.» Susanne setzte sich durch, unterstützt von der Mutter. Überhaupt, die Mutter. Eine gescheite Frau – selbstbewusst und selbstbestimmt. «Von ihr habe ich den Sinn für Gerechtigkeit geerbt und Durchsetzungsvermögen gelernt», sagt Leutenegger Oberholzer. Das half ihr später dann auch gegen Blocher & Co.: Keine Politikerin sonst kann den SVP-Führer und andere rechte Herrschaften so effizient und charmant abservieren wie sie.

Als Mutter Leutenegger sich von ihrem Mann trennt, baut sie ein Modegeschäft auf. Es wurde innert kürzester Zeit zum Hotspot des Churer Mittelstandes. Kantischülerin Susanne führt die Buchhaltung und entwickelt ein Gespür für Mode, das sie später zu einer der am stilsichersten gekleideten Schweizer Politikerinnen macht. Susanne Leutenegger wird volljährig – und hat kein Stimmrecht: «Da merkst du schnell, dass in dieser Gesellschaft etwas nicht stimmt.»

Und bald merkte sie, dass auf dieser Welt eine ganze Menge nicht stimmte. Die Geschlechterfrage, der Vietnamkrieg, der Antiimperialismus, die AKW-Bewegung, die Ausländerpolitik: alles Kämpfe, die sie mitkämpfte und die sie prägten. Ab 1967 dann Studium an der Uni Basel. Nationalökonomie. Die Reise nach Basel wurde zum Kulturschock. Nicht, weil da eine aus der Alpenstadt in die grosse Stadt gekommen wäre, sondern: «Das Ausmass der Ausländerfeindlichkeit bis weit in die SP und die Gewerkschaften hinein hat mich schockiert. Das kannte ich aus Chur nicht.» Einmal, so erinnert Leutenegger sich, «wurden wir beim Verteilen von Flugblättern gegen die Schwarzenbach-Initiative gar verprügelt.»

Heute noch, nach fünf Jahrzehnten Nordwestschweiz, ist bei ihr kein Hauch von Basler oder Baselbieter Dialekt zu hören. Ist slo so sehr mit der Geburtsstadt verbunden? Slo: «Ich bin Heimweh-Churerin. Es gibt Leute, die sagen, ich könne immer noch mit geschlossenen Augen durch die Stadt gehen.» Und stimmt's? «Ich glaube schon, ja.»

SIE WILL'S WISSEN

Nach dem Studium schrieb Leutenegger als Wirtschaftsredaktorin für die linksliberale «Nationalzeitung». Nach der Fusion mit den rechten «Basler Nachrichten» zur «Basler Zeitung» wechselt sie 1977 als Leiterin der Abteilung Wirtschafts- und Konsumentenpolitik zu Coop Schweiz. Zwei Jahre später wird Leutenegger Prokuristin – ernannt von Otto Stich. Eine Erinnerung, die ihr heute noch merklich gefällt.

Langweilig wird es «slo» nicht ohne Bundeshaus,...

Ihren Mann lernt sie an den Demos gegen das AKW Gösgen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kennen. An der ersten Demo eskalierte die Polizei, und Leutenegger stand in der vordersten Reihe, mitten im Tränengas: «Nicht, weil ich so militant war. Sondern, weil ich wissen wollte, was da vorne läuft. Ich war halt schon immer gwundrig.» Ihrem späteren Mann fiel die Frau in der ersten Reihe auf – und sie verabredeten sich für die zweite Kundgebund eine Woche später: «Da war's in unserem Zug friedlich, und wir konnten reden.»

1980 beginnt die Karriere der Parlamentarierin Susanne Leutenegger Oberholzer: Einwohnerrätin in Allschwil, Verfassungsrätin des Kantons Basel-Landschaft, Nationalrätin. Alles als Vertreterin der linken Poch, die sich dann im «Grünen Bogen» verlor. 1991 tritt slo nicht mehr an.

1992 war Leutenegger sehr aktiv im linken Ja-Komitees zum EWR-Beitritt. In diesem Rahmen wurde das Urkonzept der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit entwickelt. Das knappe Nein vom Dezember 1992 ärgert slo heute noch – vor allem, weil die Grünen und einige SPler den Ausschlag dafür gaben.

Zwei Jahre später – Leutenegger Oberholzer hat unterdessen auch noch ihr Jusstudium abgeschlossen – wird sie Zentralsekretärin der Gewerkschaft Bau & Industrie. Nach knapp drei Jahren endete das Experiment.

STRENG ZU SICH UND ZU ANDEREN

1999 kehrt Leutenegger in den Nationalrat zurück. Jetzt für die SP, der sie 1993 nach der Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat beigetreten war. Swissair-Grounding, Bilaterale, UBS-Rettung, Namensrecht, Gleichstellunggesetz, Bankenregulierung, Steuerreform: das sind nur sieben von unzähligen Geschäften, die slo geprägt hat. Unzählige Vorstösse hat sie eingereicht und ungezählte Gespräche geführt mit Expertinnen und Experten inner- und ausserhalb der Verwaltung. Wer etwas ändern will, muss auch sagen, wie. Mit ihrer Hartnäckigkeit hat slo sich nicht nur Freundinnen und Freunde gemacht. Gerade auch in den eigenen Reihen. Sie ist streng zu sich, aber auch zu anderen. Das ist anstrengend für sie, aber auch für die anderen. Und slo mag die inhaltliche politische Auseinandersetzung. Sie sagt: «Wir streiten viel zu wenig. Wir gehen zu oft schon eingemittet auf die Suche nach dem Kompromiss.»

Nationalratssaal, Nachmittag des 6. Dezember 2018. Am Vortag hat die Bundesversammlung zum ersten Mal zwei Frauen am gleichen Tag in den Bundesrat gewählt. Es sind die Bundesrätinnen Nummer 8 und 9 (siehe Spalte «Friede, Freude, Strafaufgabe»). Am Rednerpult steht Susanne Leutenegger Oberholzer. Sie spricht zu den Doppelbesteuerungsabkommen mit Sambia, Ecuador, Brasilien und Grossbritannien. Sie erklärt, warum aus fortschrittlicher Sicht bilaterale Steuerabkommen nur zweite Wahl sein können. Und dann, ganz zum Schluss, bedankt sie sich bei den Mitarbeitenden der Parlamentsdienste. Es ist der letzte Auftritt von Susanne Leutenegger im nationalen Parlament – nach insgesamt 23 Jahren in zwei Etappen. Der Rat steht und applaudiert.

...aber das Bundeshaus wird definitiv langweiliger ohne «slo».

Was wird ihr fehlen? Einige Menschen, die Arbeit in den Kommissionen, sagt Leutenegger Oberholzer. «Die Politik» nicht. Warum auch? Die macht sie weiter. Einfach an anderen Orten. Und sie hat sich wieder an der Uni immatrikuliert («Ich habe noch so viele Wissenslücken», sagt sie ganz ernsthaft). Sie will ihre Dissertation schreiben. Langweilig wird es slo nicht ohne Bundeshaus. Aber das Bundeshaus wird definitiv langweiliger ohne slo.

Bundesratswahl

Friede, Freude, Strafaufgabe

Es waren alle so nett an diesem 5. Dezember. Die Bundesrätinnenwahl ging schnell, schlank und mit viel gegenseitigem Rühmen über die Bühne. Viola Amherd (CVP) im ersten Wahlgang zur Nachfolgerin von Doris Leuthard gewählt. Karin Keller-Sutter (FDP) im ersten Wahlgang zur Nachfolgerin von Johann Schneider-Ammann gekürt. **Zum ersten Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft landeten zwei Frauen auf einen Streich in der Landesregierung.** Bundesrätin Nummer 8 und Bundesrätin Nummer 9.

Danach räumte ein überaus aufgeräumter Ueli Maurer (SVP) von 209 gültigen Stimmen deren 201 ab und sagte: «Es wäre schön, wenn wir gemeinsam in diesem Jahr etwas Spass und Vergnügen ausstrahlen würden.» Als das letzte Mal ein Bundespräsident so gut gewählt wurde, nämlich Jean-Pascal Delamuraz, war in Berlin gerade die Mauer gefallen, Russland war noch das Hauptland einer Sowjetunion, und auf Platz 1 der Schweizer Single-Hitparade standen die Sänger-Darsteller von Milli Vanilli mit «Girl I'm gonna miss you».

DIE GROSSE ROCHADE. Doch der neue Frieden im Bundeshaus hielt nicht lange. Nur knapp 48 Stunden. Dann hatte der Bundesrat sich nämlich in alter Zusammensetzung darauf geeinigt, dass er in Sachen EU-Rahmenabkommen nicht einig sei mit der EU (siehe Seite 8). Und der Bundesrat in neuer Zusammensetzung konnte sich nicht darüber einigen, wer welches Departement bekomme. Das holten die vier Männer und drei Frauen am Montag nach. Es kam zur grossen Rochade.

Viola Amherd. FOTO: KEYSTONE

SVP-Armeeminister Guy Parmelin wollte einfach weg, beziehungsweise seine Partei wollte einfach, dass er weggehe aus dem Militärdepartement. **Das VBS hat zwar unter der rechten Mehrheit Geld wie Heu, aber auch Skandale am Laufmeter.** Jetzt wird Parmelin Wirtschaftsminister, obwohl er nicht Englisch spricht. Das freut die SVP – und das freut vor allem die Bauern. SP-Frau Simonetta Sommaruga war 2010 gegen ihren Willen ins EJPD gewählt worden – nach acht Jahren wollte jetzt auch sie ein bisschen Abwechslung – und wird jetzt als Uvek-Vorsteherin Service-public-Ministerin. Ihre Nachfolgerin als Justizdirektorin – und damit auch für die Asylpolitik zuständig – wird Karin Keller-Sutter von der FDP, deren politischer Aufstieg als Asyl-Hardlinerin begann.

PREMIERE. Bei dieser Ausgangslage und den Machtverhältnissen blieb für CVP-Frau Viola Amherd nur das VBS übrig. Die «Nationalliga B», wie Adolf Ogi einst beklagte, als er dorthin strafversetzt wurde. **Amherd geht aber immerhin auch mit dem zweiten historischen Moment dieser Bundesratsersatzwahlen in die Geschichtsbücher ein: als erste Schweizer Verteidigungsministerin.** Und sie hat die Chance, das Departement nach 23 Jahren männlicher SVP-Führung aus der Skandalspirale herauszuführen. Das allerdings wäre dann auch historisch. (cs)

Metall- und Maschinenindustrie: Erstmals gibt's den automatischen Teuerungsausgleich

Automatisch mehr im Portemonnaie

VORBILDLICHER GAV: Die Beschäftigten in der Metallindustrie erhalten jetzt den Teuerungsausgleich – automatisch. FOTO: KEYSTONE

Die Teuerung zieht an. Die Mindestlöhne in der Metallindustrie ziehen mit. Dank dem neuen Gesamtarbeitsvertrag.

CHRISTIAN EGG

In den letzten Jahren war die Teuerung kaum ein Thema. Sie war immer sehr tief, oft sogar negativ. Mindestens theoretisch, denn in der Teuerungsrate nicht enthalten sind grosse Brocken wie Krankenkassenprämien und Mieten.

Doch das ändert sich jetzt: Die Teuerung zieht an. Laut aktuellen Prognosen wird sie für 2018 auf ein Prozent oder sogar leicht darüber zu liegen kommen. Das heisst: Wer nächstes Jahr nominal gleich viel verdient wie dieses Jahr, kann sich dafür weniger leisten und muss einen Kaufkraftverlust hinnehmen.

PLUS 1,2 PROZENT

Nicht so in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM): Dort kommen die Beschäftigten erstmals in den Genuss des automatischen Teuerungsausgleichs auf den Mindestlöhnen. Diese steigen ab Januar um 1,2 Prozent an. In der teuersten Schweizer Region, welche die Kantone Zürich, Genf und Schaffhausen umfasst sowie Teile von Schwyz, Aargau und Waadt, beträgt der Mindestlohn für qualifizierte Mitarbeitende damit neu 4197 Franken statt 4150. So haben es die Sozialpartner im neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abgemacht, der seit diesem Juli gilt.

«Das ist ein wichtiger Durchbruch.»
MANUEL WYSS, UNIA

Manuel Wyss, bei der Unia für die MEM-Industrie verantwortlich, freut sich: «Das ist ein wichtiger Durchbruch. Ich hoffe, dass der automatische Teuerungsausgleich bald auch in anderen Gesamtarbeitsverträgen verankert wird.» In der Tat: Heute kennen nur ganz wenige GAV diesen Automatismus. Stattdessen verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber Jahr für Jahr über die Löhne (siehe Text rechts).

ELF PROZENT INFLATION

Das war nicht immer so. In den 1960er und 1970er Jahren kannten viele Verträge einen automatischen Teuerungsausgleich. Das war auch bitter nötig. Preisanstiege von vier, fünf oder sechs Prozent jedes Jahr waren damals die Regel. Im Zuge der Ölpreiskrise kletterte 1974 die Inflation sogar auf über elf Prozent. Einige Verträge glichen deshalb die Teuerung nicht nur einmal, sondern zweimal pro Jahr aus.

Doch dann kamen die neoliberalen 1980er und 1990er Jahre. Andreas Rieger, ehemaliger Co-Präsident der Unia, erinnert sich: «Im Zuge des Neoliberalismus kippten die Arbeitgeber den Teuerungsausgleich aus fast allen Verträgen.» Gerade in den frühen Neunzigern mit noch hoher Teuerung habe das bei einem Teil der Beschäftigten zu schmerzhaften Reallohneinbussen geführt.

NOCH EIN QUANTENSPRUNG

Der automatische Anstieg der Mindestlöhne helfe jetzt auch bei den Lohnverhandlungen in den Betrieben, ist Unia-MEM-Mann Wyss überzeugt: «Die Teuerung ist der Sockel. Die effektiven Löhne müssen aber stärker steigen. Denn die Produktivität in der MEM-Industrie hat zugenommen.» Die Unia fordert eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent für alle.

Auch bei den Lohnkontrollen sorgt der neue MEM-Vertrag übrigens für einen Quantensprung. Die Firmen müssen jährlich durch die Revisionsgesellschaften überprüfen lassen, ob sie die Mindestlöhne einhalten. Wyss: «Zum ersten Mal überhaupt sorgt damit ein GAV bei den Mindestlöhnen nicht nur für Stichproben, sondern für flächendeckende Kontrollen.»

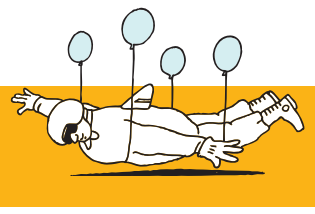
LOHNABSCHLÜSSE

TEUERUNGSAUSGLEICH IN DER ROMANDIE

In vielen Branchen verhandeln derzeit Gewerkschaften oder Personalkommissionen mit den Arbeitgebern um die Löhne 2019. Die bisherigen Resultate zeigen: Den vollen Teuerungsausgleich von 1,2 Prozent bekommen immerhin Beschäftigte in der Romandie, und zwar im Ausbau- und im Autogewerbe. In der Uhrenindustrie und im Tessiner Autogewerbe werden zumindest die Mindestlöhne an die Teuerung angepasst.

UNGENÜGEND. Nicht so gut sieht es dagegen im Detailhandel aus: Coop und Migros wollen die Löhne nur individuell erhöhen, die Tankstellenshops nicht einmal das. Für Unia-Ökonom Beat Baumann ist klar: «Das zeigt, wie wichtig auch in diesen Branchen bei positiver Teuerung ein automatischer Ausgleich wäre.» (che)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Bitcoin: Den Wahnsinn stoppen, bevor wir absaufen

Kryptowährungen sind umweltschädlich und die staatsfeindlichen Kinder des Neoliberalismus. Warum verbieten wir sie nicht einfach?

Neu schaffen Private, wenn man ihnen denn glauben will, auf der Basis der Blockchain-Technologie eigenes Geld. Viele, viele bunte monetäre Smarties. Das wichtigste dieser seltsamen Finanzprodukte ist der Bitcoin. Lange Zeit explodierte der Wert der Bitcoins. Jetzt implodiert er. Zumindest ein bisschen.

Einige Punkte müssten uns zu denken geben.

Skandal 1: Jede Transaktion im Bereich der Bitcoins ist mit einem untragbar hohen Energieverbrauch verbunden. Um ihre Computer zu kühlen, hat es einige dieser selbsternannten digitalen Goldgräber in die Berge verschlagen, wo tiefere Temperaturen die Computer kühlen sollen. Man müsste Kryptowährungen nur schon aus Umweltschutzgründen subito verbieten. Bisher hat keine Umweltorganisation das zu einem ihrer Kernthemen gemacht. Warum, bleibt eines der ungelösten Welträtsel.

Skandal 2: Kryptowährungen versuchen bisher erfolgreich, sich allen staatlichen Kontrollen zu entziehen. Sie sind – neben und nach dem Bargeld – der ideale Geldfluss, in dem schmutziges Geld sauber gewaschen werden und nicht versteuertes Geld frei zirkulieren kann. Auch hier schaut man den Dingen einfach zu. Und hofft, dass die Märkte das Problem lösen werden.

Skandal 3: Die Schaffung von Geld ist für den Staat hochrentabel, jedenfalls wenn er es halbwegs vernünftig anstellt. Bei den Bitcoins, die dem Staat das Währungsmonopol entreissen wollen, ist genau dies nicht mehr der Fall. Kryptowährungen sind die staatsfeindlichen Kinder des Neoliberalismus.

ÖKOLOGISCHER UND ÖKONOMISCHER IRRSINN: Die Schaffung eines einziges Bitcoins benötigt 42 000 Kilowattstunden Strom. So viel, wie 10 Schweizer Haushalte pro Jahr verbrauchen. FOTO: PIXABAY

Ein scharfer Kritiker der Bitcoins ist der US-Nobelpreisträger und Ökonom Paul Krugman. Er bringt das Problem auf den Punkt: «Kann ich mich irren? Natürlich. Aber wenn Sie einwenden, dass ich falsch liege, dann beantworten Sie bitte die Frage, welches Problem Kryptowährungen eigentlich lösen. Hören Sie auf, die Skeptiker lediglich mit einer Mischung aus Techno-Gebabbel und libertärem (marktliberalem, Red.) Geschwätz niederzubrüllen.»

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/smarties** Nestlé produziert Smarties angeblich für die Kinder. Smarties sind ungesund, weil sie viel zu viel Zucker und zu viele Farbstoffe enthalten. Man müsste sie wie Bitcoins verbieten.
- **rebrand.ly/kryptoland** «Kryptoland ist schon fast abgebrannt.» Davon geht das deutsche «Handelsblatt» aus.
- **rebrand.ly/willi** Der Journalist Willi Wottreng hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Von der maoistischen Partei KPS/ML bis zur «NZZ am Sonntag». Und bewegende Geschichten und Menschen haben ihn immer interessiert. So auch jene des Walliser Falschmünzers Farinet. Damals wurden die Falschmünzer des Volkes verfolgt und erschossen. Heute werden die Kryptomanen auch von SP-Politikern gehätschelt wie dem ehemaligen Zuger Stadtpräsidenten.
- **rebrand.ly/energiefresser** Die Bitcoin-Miner, so nennen sich diese selbsternannten Goldschürfer, brauchen pro Jahr bereits mehr Strom als alle Schweizer Haushalte und Unternehmen zusammen. Die Schaffung eines einziges Bitcoins benötigt 42 000 Kilowattstunden Strom. So viel, wie 10 Schweizer Haushalte pro Jahr an Strom verbrauchen.
- **rebrand.ly/gelddruck** Jörg Bibow setzt sich im deutschen Onlinemagazin «Makroskop» mit der Politik der US-Notenbank FED auseinander. Die USA haben ihre Schulden verdoppelt, aber die Schuldenlast blieb gleich. Wegen der tiefen Zinsen und wegen der (dank Gelddrucken) erhöhten Seigniorage. So wird der von einer Zentralbank erzielte Gewinn bezeichnet, der durch die Emission von Zentralbankgeld entsteht. Noch setzen wir uns zu wenig mit der Frage auseinander, was passiert, wenn wir der Schweizer Nationalbank 500 Milliarden wegnehmen und dieses Geld in einen Staatsfonds stecken würden.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: **www.workzeitung.ch**

Solidar-Suisse-Präsident Carlo Sommaruga greift Bundesrat Cassis frontal an:

«Seine Entwicklungspolitik steht nicht in der Tradition der Schweiz»

FOTO: KEYSTONE

Wende in der Entwicklungszusammenarbeit: Unter Aussenminister Ignazio Cassis soll sie nur noch die Geschäfte der Schweizer Wirtschaft schmieren und Migranten abwehren. «Schrecklich», sagt SP-Politiker Sommaruga.

MICHAEL STÖTZEL

work: work-Kolumnist Jean Ziegler hatte die Hoffnung, dass die Schweiz bei der Neuverteilung der Departemente im Bundesrat einen anderen Aussenminister bekommen würde als Ignazio Cassis. Denn dieser politisiert alles andere als weltoffen. Hatten Sie das auch gehofft?

Carlo Sommaruga: Man muss immer Hoffnung haben. Aber Aussenminister Cassis hatte der FDP und der SVP so viel versprochen, dass ein Wechsel in ein anderes Departement wie ein Verrat an seinen Wählerinnen und Wählern gewesen wäre. Er hat einfach nicht verstanden, dass er für die Verlässlichkeit und Kontinuität in der Schweizer Aussenpolitik die SP braucht, nicht aber die SVP.

Sie haben Cassis ganz massiv für seine abfälligen Äusserungen zum Uno-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge kritisiert oder auch sein, wie Sie es nannten, «ohrenbetäubendes Schweigen» zum 70. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte. Verträgt sich so eine Kritik mit Ihrer Präsidentschaft beim Hilfswerk Solidar Suisse, das ja abhängig von Bundesgeldern ist?

Ich hoffe, dass Cassis unterscheidet zwischen meiner politischen Arbeit als Nationalrat und meiner Präsidentschaft bei Solidar. Als Parlamentarier muss ich darauf hinweisen können, dass es ein Problem in der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern gibt. Eine Mehrheit in der Schweiz ist für die Zusammenarbeit, auch für mehr Zusammenarbeit und mehr Geld für die Entwicklungshilfe.

Aber will die Mehrheit auch eine staatliche Entwicklungshilfe, die vornehmlich die Interessen der heimischen Industrie und die Abwehr weiterer Migrantinnen und Migranten verfolgt?

Nein. Das kann ich mir nicht vorstellen. Die Schweiz hat zwar immer ihre Interessen verteidigt, aber auch die Werte der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit. Unter Cassis geht es jetzt praktisch nur noch um die eigenen Interessen. Man spürt, dass der Aussenminister den Diskurs des Wirtschaftsdepartements übernommen hat. Darum ist es umso wichtiger, dass die Parlamentarier, aber auch die Nichtregierungsorganisationen, ihre Meinung dazu sagen. Und dass die Menschen darüber informiert werden, was passiert.

Spüren Sie die neue Politik des Bundesrates bereits bei Solidar Suisse?

Nein. Es gibt bisher keine Sanktionen gegenüber kritischen Organisationen. Und ich hoffe, es bleibe so. Tatsache ist, dass fast alle Hilfsorganisationen erschreckt darüber sind, was sie von Cassis hören. Er hat eine sehr fragwürdige Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft. Er kann sich nicht vorstellen,

«Man spürt, dass Ignazio Cassis den Diskurs des Wirtschaftsdepartements übernommen hat.»

dass die Gesellschaft nicht nur aus Economiesuisse, den Parteien, Kantonen und Gewerkschaften besteht. Es gibt auch Leute, die sich selbst organisieren. Wir haben das erlebt bei der Auseinandersetzung um Waffenexporte in Länder, in denen Bürgerkrieg herrscht. Dagegen hat die Zivilgesellschaft viel erreichen können.

Man hört, dass sich die staatliche Entwicklungspolitik aus Lateinamerika zurückziehen wolle. Hat das Konsequenzen für Ihre Arbeit?

Der Bundesrat hat entschieden, die Zusammenarbeit zu konzentrieren, und zwar auf Staaten in Afrika, dem Nahen Osten und Südostasien. In diesen Staaten leben die Menschen noch schlechter als in Lateinamerika. Für mich ist wichtig, dass die Schweiz sich speziell in diesem Moment nicht vom Friedensprozess und der Verteidigung der Menschenrechte in Lateinamerika zurückzieht. Für Solidar hat diese neue Ausrichtung keine direkten Folgen. Wir haben gehört, dass die Hilfsorganisationen ihre Programme auch in Lateinamerika fortsetzen können.

Wie wollen Sie erreichen, dass sich auch die Mitglieder von SP und Gewerkschaften, die ja Ihre Organisation tragen, stärker engagieren?

Die Menschen sind sich der Ungleichheit in der Welt bewusst. Sie wissen, dass die heutigen Mechanismen der Wirtschaft diese Ungleichheit noch verstärken. Was den Leuten fehlt, ist eine Vorstellung von gemeinsamen Perspektiven, für sie selbst und für die Leute im Süden. Und zweitens: wie kann ich konkret in meinem Leben bei meiner Arbeit aktiv Solidarität zeigen und die Welt verändern? Eine Organisation wie Solidar will Bewusstsein dafür schaffen, was ich kaufe. Wer steckt dahinter? Wie sind die Produktionsbedingungen? Auf diese Weise können wir Kaufentscheidungen beeinflussen. Ich kaufe nichts, was unter unwürdigen Bedingungen für die Arbeitenden entstanden ist. Das ist jetzt in der Weihnachtszeit das Ziel unserer Kampagne «Fair Toys now» zu den Produktionsbedingungen von Spielzeug in China. So können alle einen kleinen Beitrag dazu leisten, um die dortigen Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Gemäss allen Umfragen ist es den Menschen sehr wohl bewusst, dass das Spielzeug oder die Kleider, die sie kaufen, viel zu billig sind. Trotzdem werden sie gekauft.

Ich bin davon überzeugt, dass man die Gewohnheiten ändern kann. Aber es gibt auch ein soziales Problem: Viele Familien geraten in Schwierigkeiten, wenn sie etwas mehr bezahlen sollen, weil es sich um Bioprodukte oder Produkte aus fairem Handel handelt. Ich habe immer zugleich für bessere soziale Bedingungen in der Schweiz und für internationale Solidarität gearbeitet. Denn Armut ist eine globale Frage.

Solidarität ist Sommarugas Berufung

Der 59jährige SP-Nationalrat Carlo Sommaruga aus Genf, ein entfernter Cousin von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, ist seit Mai dieses Jahres Präsident des gewerkschaftsnahen Hilfswerks Solidar Suisse. Die Wahl des Juristen bestätigt ein langjähriges Engagement in Solidaritätsgruppen für Nicaragua, Südafrika oder Palästina. Es begann Anfang der 1980er Jahre mit einer Reise als Schiffsjunge nach Lateinamerika. In Genf studierte er Jura und arbeitete für den Mieterverband. Nach Stationen in der Lokal- und der Kantonspolitik wurde er 2003 in den Nationalrat gewählt. Dort machte ihn seine Kritik an der offiziellen Leugnung der aktiven Schweizer Beteiligung an der Barbarei des Kolonialismus bekannt.

WEITGEREIST: Carlo Sommaruga im Gespräch mit Sai Lone von Swissaid in Myanmar. FOTO: ELIANE BAUMGARTNER / SWISSAID

HARTNÄCKIG. Eine Art Ehrenbezeugung sind die Beschimpfungen von bürgerlicher Seite als «Antisemit» und «Kommunistenfan», der nicht für Menschenrechte eintreten dürfe. Dazu sein Kommentar: «Wer mit solchen Beleidigungen um sich wirft, zeigt nur, wie schwach seine Argumente im Streit etwa um die Nahostpolitik sind. Aber damit kann ich leben und werde mit meiner politischen und solidarischen Arbeit weitermachen.»

www.solidar.ch (ms)

LEO BURNETT

Jetzt kann man die WOZ auch lesen, ohne dass jemand merkt, dass man die WOZ liest.

WOZ DIE WOCHENZEITUNG
NEU AUCH ALS APP.

Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

GOLDIGER PRÄSIDENT: Emmanuel Macron macht Politik für die Reichen und lässt den Rest der Bevölkerung im Regen stehen. FOTO: KEYSTONE

Gelb-Westen: Fünf Wochen, die Frankreich erschüttern

Macrons Sozial-Sadismus

Aus dem Rüpel-Protest der Gelb-Westen wächst jetzt eine Bewegung, die mit dem Neoliberalismus und alten Formen der Politik bricht. Wohin das treibt, weiss niemand.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Marseille am ersten Advent. In meiner Strasse brennen die Barrikaden. Kollegen der Gewerkschaft Sud erzählen, wie sie von Zivilpolizisten mit Stahlruten durch die Stadt gejagt wurden. Eine 81jährige Frau, die gerade ihre Fensterläden schliessen wollte, ist von einer Polizeigranate getötet worden.

Die französische Anti-Aufstands-Truppe CRS («Robocops») hat an jenem Tag mehr Munition verschossen als im ganzen Jahr 2017. Präsident Emmanuel Macron wollte damit die Bewegung der Gelben Westen ersticken oder zumindest spalten. Resultat: verwüstete Boulevards in Paris, Bordeaux, Toulouse, Nantes, Lyon …, brennende Banken, Plünderungen.

Innenminister Christophe Castaner hat «3500 professionelle Zerstörer» erspäht. Skeptisch kommentierte ein Polizist: «Wir wissen von 250 Leuten im schwarzen Block. Und von 200 Rechtsextremisten. Wer sollen die anderen 3000 sein?» Die spontane Wut gegen Macron hat Reiche und Regierende kalt erwischt. Revoltierendes Volk ist nicht nett. Inzwischen haben mehr als 700 000 Menschen landesweit an Demonstrationen teilgenommen. 80 Prozent der Bevölkerung stimmten ihnen zu. Für den 8. Dezember bot Macrons Innenminister Castaner deshalb 89 000 Mann auf. Eine Armee. Rund 4000 Gelbwesten wurden bisher verletzt, viele schwer: abgerissene Hände und Füsse durch die Offensiv-Granaten, Schädelbrüche, schwere Gesichtsverletzungen und Erblindungen durch die «weniger tödliche» Gummimunition. Es gab Präventiv- und Massenverhaftungen, Sondergerichte und Blitzverfahren.

BÜRGERKRIEG ODER REVOLUTION?

In Mantes-la-Jolie, im Westen von Paris, zwang die Polizei 150 Jugendliche auf die Knie, Hände im Genick, Gesicht gegen die Wand. Darauf explodierte der Aufstand in 400 Gymnasien. Als die 15jährige Tochter einer Bekannten das Video sah, fragte sie: «Ist das jetzt Bürgerkrieg oder Revolution?»

Klar sind ein paar Fakten: Es sind die heftigsten Unruhen seit 1968. Am Anfang standen Verkehrsblockaden gegen eine Dieselsteuer. Doch sofort kamen Forderungen zu den Löhnen und Renten hinzu. Auf den Protesten finden untere Schichten und absteigende Mittelschichten, Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer sowie selbständig und prekär Beschäftigte zusammen. Das zeigt die Soziologin Isabelle Coutant. Der Ökonom Alain Lipietz nennt es eine «Revolte gegen die soziale Uberisierung (also die soziale Verunsicherung) – und gegen Macrons Sozial-Sadismus». Die Frauen spielen bei den Blockaden eine besonders aktive Rolle, denn sie tragen die drückende Mehrfachbelastung in den Familien.

STEUERGERECHTIGKEIT UND RENTE

Absteigende Mittelschichten neigen meist rechtsnationalistischen Ideologien zu. So tönte es erst auch. Doch soziale Bewegungen entfalten schnell eigene, mächtige Dynamiken. Schon bald zirkulierte ein 42 Punkte starker Forderungskatalog. 39 Punkte beziehen sich auf Lohn, Steuergerechtigkeit, sichere Renten und sichere Arbeit, Ausbildung, Mieten, Ökologie. Unbekannte Köpfe erscheinen in den Medien und sagen gut bedachte Dinge. Aus der alten Industrieregion Lorraine kam der Appell, im ganzen Land «Volksräte» zu bilden, «um die Politik wieder in unsere Hände zu nehmen».

Schon bald zirkulierte ein starker Forderungskatalog.

Wie das ausgeht, weiss niemand. Immerhin hat der Aufruhr die Intellektuellen abrupt aus dem Dauerschlaf geschüttelt. Täglich erscheinen brisante Beiträge und Studien. Auch der ehrwürdige Soziologe und Denker Edgar Morin (97) hat sich zu Wort gemeldet: «Diese Bewegung zwingt uns, die Gesellschaft, die Zivilisation, unsere Miseren, die Republik, die Zukunft und die Politik neu zu denken.»

FOTO: GETTY

KLARE BOTSCHAFT: Die Gelb-Westen fordern den Kopf von König Macron.

Frankreichs Präsident Macron hat das Volk gehört. Ein bisschen.

Viel zu wenig, viel zu spät

Was man als Staatsschaupieler so alles auf sich nehmen muss: Emmanuel Macron, vor 18 Monaten von 25 Prozent der Stimmberechtigten gegen die Neofaschistin Marine Le Pen zum französischen Präsidenten gewählt, musste vors Volk treten. Am TV. Ein bisschen Abbitte sollte er leisten, um den Aufstand der Gelbwesten einzudämmen. Jenen Aufstand, den er zuvor geschürt hatte – mit einer aggressiv antisozialen Politik und mit Verachtung für Tiefentlöhnte, Alte, Arbeitslose. «Wenn ihr einen Job sucht, müsst ihr nur über die Strasse gehen», hatte er gesagt.

Es sassen mehr Menschen vor den Fernsehgeräten als beim Fussball-WM-Final. Doch Macron konnte nicht verbergen, wie tief zuwider ihm dieser Auftritt war. Bleich und verkrampft las er seinen Text ab. Frühere Präsidenten hätten einfach den Premier ausgewechselt. Das ging diesmal nicht. Denn die Rage von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung richtete sich ausschliesslich gegen den «Präsidenten der Reichen».

Macron will keinen Millimeter vom neoliberalen Kurs abweichen.

BROSAMEN. Sein Text war gut geschrieben. Also hinterhältig. Plötzlich schien Macron die Nöte zum Beispiel einer alleinerziehenden Krankenschwester zu entdecken. Er versprach, den Mindestlohn sofort um 100 Euro im Monat zu erhöhen. Und ein paar weitere Brosamen. Doch zwischen den Zeilen sagte er: «Ich werde keinen Millimeter von meinem neoliberalen Programm abweichen, die Reichensteuer bleibt abgeschafft, und jetzt nehme ich mir die Renten und die Arbeitslosenversicherung vor.» Nur zwei Minuten nach Macron sagte Jean-Luc Mélenchon, Chef der Linken: «Wir brauchen mehr als Almosen!» Zu wenig und zu spät, meinten ein paar befragte Gelbwesten. Und die Gewerkschaft CGT kündete für Freitag einen Landesstreik an. (olf)

Syngenta: Schuld an Mord

CURITIBA (BR). Mit neun Schüssen töteten Sicherheitsleute den landlosen Aktivisten Valmir Mota de Oliveira. Er und seine Gruppe hatten dagegen protestiert, dass der Agromulti Syngenta heimlich im brasilianischen Regenwald genverändertes Soya und Mais anpflanzte. Das war 2007. Jetzt hat ein Gericht in Brasilien Syngenta wegen des Mordes verurteilt. Die Richter kamen zum Schluss: Der Konzern war als Auftraggeber verantwortlich für die Tat. Syngenta muss den Hinterbliebenen Schmerzensgeld bezahlen.

Mehr zum Überfall im «Schwarzbuch Syngenta»:
multiwatch.ch/publikationen

Miese Grundlöhne im Verkauf

BERN. 2800 Franken im Monat: So wenig verdient ein Verkäufer in einem Laden für Küchen- und Badeartikel. Mehr gibt's nur als Prämie, gemessen an den Verkäufen. «Wenn nichts läuft im

FOTO: KEYSTONE

HIMMELTRAURIG: Interdiscount führt den Leistungslohn ein.

Laden, hat man nur diesen himmeltraurigen Lohn», so ein betroffener Angestellter in der Zeitung «20 Minuten». Laut Anne Rubin von der Unia nehmen in Geschäften ohne Gesamtarbeitsvertrag solche Leistungslöhne zu. So hätten etwa Fust und Interdiscount ein solches Lohnsystem eingeführt.

Gratis-ÖV in Luxemburg

LUXEMBURG. Bus- und Zugfahren wird in Luxemburg bald kostenlos. Auf Anfang 2020 schafft das Grossherzogtum den Billettverkauf ab. Als erster Staat weltweit. Die Aktion ist mehr als nur Image-Politur. Luxemburg will seine Verkehrsprobleme lösen: Jeden Tag pendeln rund 200 000 Personen aus Deutschland, Belgien und Frankreich in den Zwergstaat zur Arbeit. Mit Gratis-ÖV und mehr Parkplätzen in Grenznähe soll der Anreiz wachsen, auf Bahn und Bus umzusteigen.

Waffenexporte: Neue Initiative

BERN. Über Schweizer Waffenexporte soll nicht mehr allein der Bundesrat entscheiden. Das will eine breite Allianz aus Organisationen und Parteien (u. a. SP, BDP, GLP) erreichen. Am 11. Dezember hat sie die «Korrekturinitiative» lanciert. Anstoss gab der jüngste Plan des Bundesrats, Waffenexporte auch in Bürgerkriegsländer zu erlauben. Nur der grosse Widerstand im Parlament und in der Öffentlichkeit hat das verhindert. Die Initianten wollen rote Linien für die Waffenexporte in der Verfassung verankern. 24 Stunden nach Start der Initiative kamen bereits 20 000 Unterschriften zusammen.

Europaparlaments-Wahlen

Schrecklich nette Familie

Im Mai 2019 wird das neue europäische Parlament gewählt. Die Rechtsaussen wittern Morgenluft und befeuern den Wahlkampf mit einem Kreuzzug gegen den Uno-Flüchtlingspakt (work berichtete). Stimmengewinne sind möglich mit der Lega in Italien, der FPÖ in Österreich oder der AfD in Deutschland.

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Die seit je stärkste Gruppierung im europäischen Parlament ist die Europäische Volkspartei (EVP), ein Konglomerat von bürgerlich-konservativen Parteien. Sie hält dreissig Prozent der Sitze. Die EVP muss da und dort Wahlverluste an die Rechtsaussen befürchten, so zum Beispiel in Italien an Berlusconis Forza Italia. Um sich anzupassen, rutscht die EVP nun weiter nach rechts. So etwa in Österreich, wo sich die ÖVP schon stark den Rechtsaussen der FPÖ angenähert hat. Ebenso in Spanien: dort will der Partido Popular nach der Ära mit Mariano Rajoy als Chef nun mit einem noch reaktionäreren Kurs punkten.

Die Europäische Volkspartei passt sich noch weiter nach rechts an.

ORBANISIERT. Die ungarische Fidesz-Partei des Rassisten Viktor Orbán ist sogar direkt der EVP angeschlossen. Die EVP kann sich gerade mal zu einer Ermahnung durchringen, wenn Orbán Demokratie und Menschenrechte mit Füssen tritt. Die NZZ schreibt deshalb: «Die EVP ist orbanisiert» und nennt die Europäische Volkspartei «eine schrecklich nette Familie». Nicht verwunderlich, dass mehrere der EVP-Mitglieder gegen den Uno-Migrationspakt sind. Angesichts dieser Anpassung nach rechts werden wir uns vielleicht in einigen Jahren mit leichter Wehmut an die etwas besseren Zeiten mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erinnern …

BAYERN & EUROPA. Spitzenkandidat der EVP ist der Deutsche Manfred Weber. Obwohl CSU-Mann, hat er sich bisher nicht den reaktionären Nationalisten angeschlossen. Sein Motto: «Bayern ist meine Heimat, Deutschland meine Nation, Europa die Zukunft». Das kann alles und nichts heissen. Immerhin hat sich Weber klar für den Uno-Migrationspakt ausgesprochen. Auch wenn sie Sitze verlieren wird, dürfte die EVP weiterhin die grösste Fraktion im europäischen Parlament bleiben – und Weber neuer EU-Kommissionspräsident werden. Zum Regieren wird die Europäische Volkspartei aber auf andere Fraktionen angewiesen sein. Ob sie diese links oder rechts von ihr suchen wird, ist unklar.

UNIA online

FOTO: ISTOCK

Sicherheit: Petition gegen Lohndumping

Der GAV der Sicherheitsbranche läuft Ende Juni 2019 aus. Die bisherigen Vorschläge bieten zu wenig Schutz vor Lohndumping und verlangen lange Arbeitswochen. Unterschreiben Sie die Petition bis am 25. Januar 2019.
www.unia.ch/petition-sicherheit

Rahmenabkommen verletzt rote Linien beim Lohnschutz

«Reset»-Cassis ist ein Bruchpilot

ROTE LINIE: *Aktion zur Verteidigung der Löhne und Arbeitsbedingungen auf der Kornhausbrücke in Bern.* FOTO: THIERRY PORCHET

Gleich zu dritt tanzten die Bundesräte an, um bekanntzugeben, dass sie sich entschieden haben, zum Rahmenabkommen keinen Entscheid zu fällen.

CLEMENS STUDER

Noch-Bundespräsident Alain Berset (SP), Bald-Bundespräsident Ueli Maurer (SVP) und Aussenminister Ignazio Cassis machten es offiziell: Der jetzt veröffentlichte Rahmenvertrag mit der EU ist in Sachen Lohnschutz noch übler, als die Gewerkschaften befürchtet haben. Das Vertragswerk ist 34 Seiten dick. Es besteht aus dem eigentlichen Abkommen, drei Zusatzprotokollen und drei politischen Erklärungen.

Das Abkommen ritzt nicht einfach die vom Gesamtbundesrat definierten roten Linien – «der Schweizer Lohnschutz ist nicht Gegenstand eines Rahmenvertrages» –, er reisst sie mit Anlauf ein. Das unter Neo-Aussenminister Ignazio Cassis ausgehandelte Abkommen ist ein radikaler Angriff auf die flankierenden Massnahmen.

Gekappte Anmeldefrist

Die Anmeldefrist soll von heute 8 Kalendertagen auf 4 Werktage verkürzt werden.

Das bedeutet konkret: die heute faktisch zur Vorbereitung von Kontrollen zur Verfügung stehenden 6 Tage (das Wochenende berücksichtigt) verkürzen sich um einen Drittel. Damit ist eine seriöse Überwachung ausländischer Firmen mit den heutigen Ressourcen kaum mehr möglich.

Faktische Abschaffung der Kautionspflicht

Heute müssen Firmen aus dem Ausland, die in der Schweiz arbeiten wollen, eine Kaution hinterlegen. So ist sichergestellt, dass Bussen bei Verstössen und Lohnnachzahlungen ganz oder teilweise gedeckt sind – und die Rechnungen nicht einfach im Papierkorb landen. Künftig sollen Kautionen nur noch bei Firmen zulässig sein, die bereits einmal als Lohndumper aufgeflogen sind.

Das bedeutet konkret: Wenn nur noch bereits aufgeflogene Betrüger eine Kaution leisten müssen, ist die Kautionspflicht inhaltlich abgeschafft. Lohndumper- und Schwarzarbeiterfirmen können einfach unter anderem Namen wieder auftreten.

Massive Einschränkung der Kontrollen

Die flankierenden Massnahmen sind nur in dem Masse wirksam, wie ihre Einhaltung kontrolliert wird. Bereits heute ist der Ehrgeiz zu wirksamen Kontrollen nicht in allen Kantonen ausreichend. Laut dem vorliegenden Rahmenabkommen sollen Kontrollen nur noch «risikobasiert» stattfinden dürfen.

Das bedeutet konkret: Statt die Einhaltung der Arbeitsbedingungen noch konsequenter zu kontrollieren, sollen die Kontrollen massiv zurückgefahren werden. Das macht den Lohnschutz definitiv zum Papiertiger.

Wie konnte es so weit kommen? Wir erinnern uns: Die SVP hat FDP-Aussenminister Ignazio Cassis in den Bundesrat gewählt. Nicht zuletzt, weil er grossmaulig von einem Resetknopf fabulierte, den er bei den Verhandlungen mit der EU drücken werde. Offensichtlich dachte er in erster Linie daran, den Lohnschutz in den flankierenden Massnahmen zu opfern. Diese sind den Marktradikalen in der EU wie in der Schweiz ein Dorn im Auge.

Anfang Jahr griff SVP-Nationalrätin und Ems-Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher die Flankierenden frontal an. Sie schützen ihr die Rechte der Werktätigen zu gut. Im Sommer dann lancierte Cassis seinen offenen Angriff auf die Flankierenden – und verletzte damit die roten Linien des Gesamtbundesrates. Der pfiff Cassis zwar zurück, beauftragte aber gleichzeitig Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, mit den Sozialpartnern mögliche Anpassungen auszuloten.

Der Rahmenvertrag ist noch übler, als die Gewerkschaften befürchtet haben.

Weil jedoch Schneider-Ammanns Umfeld ein Papier vorlegte, das den ganzen Lohnschutz in Frage stellte, liess SGB-Chef Paul Rechsteiner die Gespräche platzen. Die Entwicklung zeigt, wie richtig er damit gelegen hat.

Wie geht es jetzt weiter? Das ist offen. Vorerst wird in den nächsten Wochen das Abkommen aus dem Diplomaten-Französisch offiziell ins Deutsche und Italienische übersetzt. Unterdessen sollen breite Diskussionen in Politik und Wirtschaft laufen. Klar ist: In der vorliegenden Form hat der Rahmenvertrag im Parlament kaum eine und beim Volk keine Chance. Resetknopf-Cassis ist ein Bruchpilot.

Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die EU noch nicht inhaltlich auf den Bundesratsentscheid reagiert.

workfrage:

Soll die Schweiz das Rahmenabkommen jetzt unterzeichnen?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an:
work, Frage,
Postfach 272, 3000 Bern 15,
redaktion@workzeitung.ch

Der **EU-Lohnschutz-Bschiss** und seine Fans

Die Lohnschutzmassnahmen der EU seien mittlerweile gerade so effizient wie die flankierenden Massnahmen der Schweiz. Das behaupten Marktradikale, einige Arbeitgeberideologen wie Arbeitgeberchef Valentin Vogt, die Operation Libero – und Eric Nussbaumer aus dem Baselbiet, der für die SP im Nationalrat sitzt. Das Gegenteil ist richtig, wie die breite und uneingeschränkte Unterstützung der europäischen Gewerkschaften für den Kampf der Schweizer Kolleginnen und Kollegen zeigt (siehe Interview mit Lohnschutzexpertin Esther Lynch auf Seite 9).

UNVERHÄLTNISMÄSSIG. Das ist weder Zufall noch Liebesdienst. Denn die europäischen Gewerkschaften wissen, wovon sie reden. Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) fällt immer wieder mit arbeitnehmerfeindlichen Urteilen auf. Der jüngste Fall betrifft Österreich. Auch dort verlangten die Behörden von Firmen aus dem Ausland Kautionen, damit Bussen bei Verstössen gegen den Arbeitnehmerschutz nicht bloss verhängt, sondern auch eingezogen werden konnten. Diese Regelung hat der europäische Gerichtshof jetzt gekippt. Sie sei «unverhältnismässig». Josef Muchitsch, Chef der Gewerkschaft Bau-Holz, sagt dazu: «Mit dieser Entscheidung wird der Anreiz für Lohn- und Sozialdumping noch weiter gestärkt.» (cs)

Die Lohnschutzmassnahmen der EU sind weniger effizient als die Flankierenden.

FLAVIA KLEINER: Für die Chefin von Operation Libero sind die ungenügenden Lohnschutzmassnahmen der EU ausreichend. FOTO: KEYSTONE

WENN DIE FUNKEN STIEBEN: Die Brille schützt die Augen, die Flankierenden den Lohn. FOTO: KEYSTONE

Europa-Lohnschutz-Expertin Esther Lynch:

«Schweiz ist Champion beim Lohnschutz»

Die Schweiz sei ein leuchtendes Beispiel in der Verteidigung der Arbeiterrechte, sagt Esther Lynch vom Europäischen Gewerkschaftsbund im work-Interview.

RALPH HUG

work: Esther Lynch, wir verteidigen unsere flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz gegen die Europäische Union. Haben Sie schon davon gehört?
Esther Lynch: Natürlich! Dieser Kampf ist sehr wichtig. Nicht nur für die Arbeitnehmenden in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Ihr müsst wissen, dass die Arbeitnehmenden in ganz Europa auf eurer Seite stehen. Alle leiden unter den Druckversuchen der EU-Kommission.

FOTO: ETUC

«Die Gewerkschaften müssen der EU entschlossen entgegentreten.»

ESTHER LYNCH

Wie geht die Kommission vor? Hat sie einen Plan?
Sie sucht sich ein Land nach dem anderen heraus, um alle flankierenden Massnahmen zu beseitigen. Sie will auch keine wirksamen Kontrollen in den Betrieben. Dabei geht es generell um die Löhne, nicht nur um jene der entsandten Arbeitnehmenden. Es ist eine grosse Lüge, wenn behauptet wird, diese Leute würden niedrigere Löhne akzeptieren. Sie wollen im Gegenteil gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Löhne kann man auf verschiedene Arten schützen. Macht der Europäische Gewerkschaftsbund dazu Vorgaben?
Nein. Wir setzen darauf, dass die einzelnen Gewerkschaften vor Ort am besten wissen, welches die geeigneten Massnahmen zum Schutz der Löhne sind. Wenn die Schweizer Gewerkschaften die 8-Tage-Regel verteidigen, dann vertrauen wir auf ihre Analyse, dass es diese Regel braucht.

Die Gegner beschimpfen den Gewerkschaftsbund, er sei stur und handle unverantwortlich. Ihr Kommentar dazu?
Die Gewerkschaften müssen der EU entschlossen entgegentreten und ihr klarmachen, dass es einen wirksamen Schutz der Löhne brauche. Die EU-Kommission sucht stets die «soft spots», also jene Länder, wo sie sich am leichtesten durchsetzen kann. Mit Verweis auf diese sagt sie dann, so müsse es überall sein. Standhafte Gewerkschaften sind immer auch ein Vorbild für ihre Schwesterverbände in anderen Ländern. Diese sehen dann, dass man sich mit Erfolg wehren kann.

Spielt die Schweiz in diesem Kampf eine Pionierrolle?
Die Schweiz ist ein Champion beim Lohnschutz und ein leuchtendes Beispiel in der Verteidigung der Arbeiterrechte. Wo allein der Markt regiert, verlieren die Leute das Vertrauen in die Institutionen. Sie sehen dann, dass die EU ihre Interessen nicht wahrnimmt. Brüssel erscheint nur noch als Propagandist des Prinzips «the winner takes it all» (der Sieger nimmt alles). Deshalb stimmte eine Mehrheit in Grossbritannien für den Brexit. Brüssel hat nicht begriffen, dass ein europäischer Markt strenge Regeln braucht.

Aber die EU behauptet neuerdings, sie sei auf einem sozialeren Kurs. Stimmt das nicht?
Nicht alle in der EU-Kommission denken gleich. Ein Teil setzt auf Wettbewerb und sieht die Zukunft Europas in einem aggressiven Kampf um Marktanteile. Andere finden, dass die EU der Wohlfahrt von allen dienen solle. Sie wollen zwar auch Wettbewerb, aber sie sind gegen Missbräuche und befürworten Schutzmassnahmen.

Offenbar ist das noch eine Minderheit.
EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker ist moderat und befürwortet eine soziale Marktwirtschaft. Deshalb konnten wir mit ihm die Idee der «Europäischen Säule für soziale Rechte» lancieren. Das ist eine Erklärung mit Grundsätzen für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und faire Arbeitsbedingungen. Das versuchen wir nun umzusetzen. Wir brauchen dafür einen Mechanismus, der die EU-Institutionen wie etwa die Europäische Zentralbank zwingt, im Einklang mit diesen Grundsätzen zu handeln. Also zum Beispiel sicherzustellen, dass faire Löhne bezahlt werden.

«Die Leute wollen ein Europa, das die Arbeiter und Arbeiterinnen schützt.»

Macht Ihnen der grassierende Rechtspopulismus keine Angst?
Doch. Überall haben die Leute genug von heuchlerischen Reden. Sie wollen ein Europa, das die Arbeitnehmenden schützt. Die Gefahr ist, dass sie dabei die EU als Ganzes ablehnen und nicht mehr Teil von ihr sein wollen. Dies wird bei den kommenden Europawahlen ein entscheidendes Thema sein.

Jean-Claude Juncker hat für 2019 eine europäische Arbeitsmarktbehörde angekündigt. Bringt das was?
Eine Behörde, die europaweit gegen schlechte Arbeitsbedingungen vorgeht, wäre eine sehr gute Sache. Dann sähen die Arbeitnehmenden, dass es die EU ernst meint mit ihrem Schutz. Wenn die Leute eine soziale Vision der EU haben, wird es auch ein soziales Europa geben.

ESTHER LYNCH (55) ist seit 2015 leitende Sekretärin beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Sie ist für die Gewerkschaftsrechte und den Lohnschutz zuständig. Auch betreut sie die Kampagne «Pay rise» (Löhne rauf!) sowie das Projekt «European Pillar for Social Rights» (Europäische Säule für soziale Rechte). Lynch ist in Dublin geboren und arbeitet in Brüssel. (rh)

la suisse existe

Jean Ziegler

MIGRATION, EIN MENSCHENRECHT

Guy Ryder ist ein energischer, sympathischer Mann von sechzig Jahren, mit klugen grauen Augen und kurz geschnittenem grauem Haar. In Liverpool geboren, studierte er Soziologie in Cambridge, wurde später Generalsekretär des britischen Gewerkschaftskongresses (TUC). Seit 2012 ist er Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf.

AUF ARBEITSSUCHE. *Er redete über Katar. Unter undurchsichtigen Bedingungen vergab die Fifa 2010 die Fussballweltmeisterschaft von 2022 an das Emirat am Persischen Golf. Seither arbeiten Zehntausende Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter auf pharaonischen Baustellen. Seit 2010 sind über 1600 von ihnen bei Unfällen gestorben. Die ILO und der Internationale Gewerkschaftsbund gehen davon aus, dass ohne weitere Schutzmassnahmen bis 2022 gegen 7000 Arbeitssklaven in Katar ihr Leben lassen werden (work berichtete).*

Die Schweiz hat praktisch alle Anforderungen des Paktes längst erfüllt.

Ryder sagte mir: «Katars Regierung verstösst gegen fast alle Regeln der ILO. Wenn die Arbeiter weiterhin auf diesen Baustellen sterben, wird es dort 2022 keine Weltmeisterschaft geben. Das garantiere ich dir.»
Migration ist ein universelles Menschenrecht. Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 sagt: «Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschliesslich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.» Viele Millionen Migrantinnen und Migranten sind auf unserem Planeten unterwegs. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen im fremden Land sind häufig fürchterlich.
Vor sechs Jahren verlangte eine Gruppe zivilisierter Staaten von der Uno die Schaffung von Normen zum Schutz dieser Menschen. Eine Arbeitsgruppe wurde geschaffen, unter dem gemeinsamen Präsidium des mexikanischen Uno-Botschafters Juan José Gómez Camacho und des klugen Schweizer Vertreters in New York, Jürg Lauber. Heute steht das Dokument, sein Titel: «Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration».

FREMDENFEINDE. *Die SVP-Fraktion im Bundeshaus will verhindern, dass die Schweiz den Pakt übernimmt. Der Bundesrat verschiebt seinen Entscheid. Der unmögliche Aussenminister Ignazio Cassis fällt seinem grossartigen Botschafter Lauber in den Rücken und schwenkt auf die SVP-Position ein.*
Die Situation ist absurd: Mit Flüchtlingen hat der Pakt nichts zu tun. Da gilt die Uno-Flüchtlingskonvention von 1951.
Die Schweiz hat praktisch alle Anforderungen des Paktes längst erfüllt. Warum läuft die SVP trotzdem Sturm? Die meisten der Höhlenbewohner hassen Fremde, sofern sie kein sattes Bankkonto haben. Wenn die Schutzvorschriften für Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter völkerrechtlich festgeschrieben werden, ist das an sich schon unannehmbar für die SVP.
Wir leben in einer wenn auch imperfekten Demokratie. Dort sind alle Menschen gleich. An den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Bewegung liegt es, das Gift der Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

Viele Streikkomitees stehen schon, jetzt zieht auch der SGB nach

Bereit zum zweiten Frauenstreik

FRAUENDEMO AUF DER BÜHNE: «Frauen in die Offensive! Feministischer Streik!» FOTO: NEIL LABRADOR

Einstimmig und mit Applaus hat der SGB-Kongress beschlossen: Am 14. Juni 2019 kommt der zweite Frauenstreik. Dafür sollen die Gewerkschaften ihre Kräfte bündeln.

PATRICIA D'INCAU

Am zweiten Kongresstag gaben sie den Ton an: die Gewerkschaftsfrauen. «Frauenstreik, Frauenstreik», riefen die weiblichen Delegierten, die da längst nicht mehr auf ihren Plätzen sassen, sondern mit Schildern und Fahnen die Bühne besetzten. Damit es auch noch dem letzten im Saal klar wurde: sie meinen es ernst.

IN DIE BETRIEBE, AUF DIE STRASSE. Schon seit Monaten sprechen die Frauen über einen neuen Streik. Überall in der Schweiz bilden sie Streikkomitees (work berichtete: **rebrand.ly/der-frauenstreik-kommt**). Und die Gewerkschaftsfrauen auch schon auf nationaler Ebene. Nach der mächtigen Gleichstellungsdemo im September mit 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern entschieden die Unia und der VPOD: Am 14. Juni 2019 kommt der Frauenstreik.

Jetzt musste nur noch der Gewerkschaftsbund folgen. Die Unia und der VPOD hatten am Kongress einen entsprechenden Antrag gestellt. VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber fasste zusammen: «Wir wollen endlich, was uns zusteht.» Das heisst: Lohngleichheit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und eine Aufwertung der Frauenberufe. Aber auch: das Ende von Gewalt, Sexismus und Armut, von der mehrheitlich Frauen betroffen sind.

23 Jahre Gleichstellungsgesetz haben die Diskriminierung nicht beendet. Auch wenn das Gesetz die grosse Errungenschaft des ersten Frauenstreiks ist. Wären am 14. Juni 1991 nicht über eine halbe Million Menschen auf die Strasse gegangen, hätte die Politik noch länger gebummelt.

Nur: Mit der Umsetzung geht's bis heute nicht vorwärts. Für Unia-Zentralsekretärin Corinne Schärer ist klar: «Die Politik will nicht.» Wie zum Beispiel bei der Revision des Gleichstellungsgesetzes. Fünf Jahre wurde daran gearbeitet, ursprünglich zur besseren Durchsetzung der Lohngleichheit. Herausgekommen ist ein zahnloses Minigesetz, das nicht einmal ein Prozent aller Unternehmen zur Lohnanalyse verpflichtet, keine Sanktionen vorsieht und auf zwölf Jahre befristet ist.

«Wir wollen endlich, was uns zusteht.»
KATHARINA PRELICZ-HUBER, PRÄSIDENTIN VPOD

Am Kongress sagte Schärer, die bei der Unia den Frauenstreik organisiert: «Wenn die Politik nicht Beschlüsse fasst, um die Gleichstellung voranzutreiben, dann müssen wir in die Betriebe, dann müssen wir auf die Strasse. Und wenn die Arbeitgeber in den Betrieben die Lohngleichheit nicht einhalten, die Frauenlöhne nicht erhöhen, die Vereinbarkeit nicht fördern, sexuelle Belästigung nicht verhindern – dann müssen wir streiken.» Das sahen auch die Delegierten so. Einstimmig und unter Applaus beschlossen sie den Frauenstreik. Und darüber hinaus, dass der SGB ein starkes Streiksekretariat schaffe. Ausgestattet mit personellen und finanziellen Ressourcen. Als erste gefordert hatte das Frauenstreik-Ikone Christiane Brunner. Im work-Interview im Oktober sagte sie: «Wenn der SGB den Streik ernst nimmt, muss er ein Streiksekretariat aufbauen, das sich voll und ganz um die Organisation und Mobilisation kümmert.» Ex-SGB-Co-Präsidentin Brunner weiss, wie wichtig das ist. Sie hat 1991 den Frauenstreik für die Gewerkschaften angeführt. Mit Erfolg.

So soll es auch dieses Mal sein. Doch: Ein Streiksekretariat alleine genügt noch nicht. Das machte Unia-Chefin Vania Alleva am Kongress deutlich. Sie rief die einzelnen Gewerkschaften dazu auf, ihre Kräfte für den Frauenstreik einzusetzen. Alleva: «Wir müssen in die Betriebe, wo die Frauen sind. Wir müssen sie informieren, sie mitnehmen, so dass sie am 14. Juni gemeinsam mit anderen Frauen hinstehen, für die Lohngleichheit, für die Gleichheit und gegen Sexismus.»

FRAUENJAHR. In der Unia wird jetzt geprüft, wie die Regionen ihre Ressourcen zum Frauenstreik verschieben können und welche Branchen als Schwerpunkte gesetzt werden. Nach dem Kongress ist nun auch der Gewerkschaftsbund gerüstet. Die Einrichtung des Streiksekretariats läuft bereits. Das Frauenjahr 2019 kann kommen.

Pensionskassen leisten immer weniger – AHV muss einspringen

AHV mit einem Dreizehnten stärken

Die Altersvorsorge steckt in der Krise. Genauer: Ein Teil kriselt, der andere wird politisch kleingehalten. Die SGB-Delegierten geben Gegensteuer.

CLEMENS STUDER

Weil die Pensionskassenrenten immer mickriger werden, wird die AHV noch wichtiger: Darum wollen die SGB-Delegierten einen AHV-Dreizehnten. Der SGB-Vorstand muss jetzt eine Initiative ausarbeiten. Die Rechten reden von Zwängerei. Sie irren. Eine kurze Erklärung in drei Punkten:

DIE VERFASSUNG: Die Aufgabe der beruflichen Vorsorge definiert die Bundesverfassung in Artikel 113 so: «…(sie) ermöglicht zusammen mit der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise». Von diesem Verfassungsauftrag entfernt sich die Schweiz. Konkret: Ein alleinstehender Mann (Jahreslohn 84 600 Franken) kommt heute mit seiner maximalen AHV-Rente und seiner maximalen BVG-Rente auf eine monatliche Rente von 4230 Franken. Wenn Krankenkasse und Steuern bezahlt sind, bleibt davon nicht mehr viel zum Leben übrig. Menschen mit weniger Jahreslohn haben es entsprechend noch schwieriger.

DIE PENSIONSKASSE: Im BVG gilt das Kapitaldeckungsverfahren, vereinfacht gesagt, «spart jeder für sich». Die Beiträge werden am Kapitalmarkt angelegt. Läuft das internationale Börsencasino schlecht, sind die Rentenversprechen nicht zu halten. Das zeigt sich seit Jahren in sinkenden Renten. Und das Kapitaldeckungsverfahren ist für die Versicherten teuer. Jahr für Jahr gehen alleine 5 Milliarden Franken für Administration und Vermögensverwaltung drauf. Eine zusätzliche Milliarde pro Jahr kassieren die Privatversicherer, weil sie für die Risiken Todesfall und Invalidität überhöhte Prämien verrechnen. Und zu schlechter Letzt haben die Versicherungskonzerne eine staatliche Gewinngarantie. Sie müssen nur 90 Prozent der eingenommenen Gelder als Renten ausschütten. 10 Prozent dürfen sie für sich behalten – egal, wie gut sie arbeiten.

Konzentration am Kongress. FOTO: NEIL LABRADOR

DIE AHV: Die Renten aus der zweite Säule schmelzen, die AHV-Renten sind stabil, bleiben aber hinter der Lohnentwicklung zurück. Seit 1980 bereits um mehr als 10 Prozent. Verschärft wird dieser Rückstand durch die explodierten Gesundheitskosten, die im Teuerungsausgleich nur mangelhaft berücksichtigt werden. Das führt dazu, dass immer weniger der AHV-Rente für den eigentlichen Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Konkret heisst das: 1975 konnte man mit der Hälfte einer AHV-Maximalrente die Miete für eine Zweizimmerwohnung und die Krankenkassenprämie bezahlen. Heute betragen diese beiden Ausgabenposten schon mehr als zwei Drittel der Maximalrente.

Das Fazit: Weil das Kapitaldeckungsverfahren seine Versprechen nicht erfüllt und bei immer höheren Kosten immer weniger Leistung bringt, können nachhaltige Verbesserungen nur von der im genialen Umlageverfahren finanzierten AHV kommen.

So geht's weiter: Der SGB-Vorstand wird die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente im Detail ausarbeiten und im nächsten Frühling den Gremien vorlegen.

SGB-Präsidium: Noch selten gab es eine derart hitzige Wahl

Der kleine Unterschied und seine grossen Folgen

DER NEUE: Barbara Gysi gratuliert Pierre-Yves Maillard. FOTO: NEIL LABRADOR

Gysi oder Maillard? Frau oder Mann? Schon früh im Wahlkampf lief die Debatte um die Nachfolge von SGB-Präsident Paul Rechsteiner auf der Gender-Schiene. Dabei spielte die West-Ost-Schiene eine mindestens ebenso wichtige Rolle.

MARIE-JOSÉE KUHN

Pierre-Yves Maillard ist der neue oberste Gewerkschafter im Land. Er erreichte das absolute Mehr im ersten Wahlgang knapp mit 115 Stimmen. Gegenkandidatin Barbara Gysi erhielt 82 Stimmen, ein gutes Resultat und gleichzeitig eine Warnung an Maillard: Sollten er und der SGB mit der Gleichstellung innerhalb und ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung jetzt nicht mit doppelter Kraft vorwärtsmachen, gibt es Krach. Noch mehr Krach als im Wahlkampf.

GEHEIME WAHL: Im Berner Kursaal gingen die Wogen hoch. FOTO: THIERRY PORCHET

FRAU UND MANN

Als Nachfolge für Paul Rechsteiner kandidierten Barbara Gysi und Pierre-Yves Maillard. Hier die Präsidentin des Bundespersonalverbands (PVB), SP-Nationalrätin und Chefin des St. Galler Gewerkschaftsbundes. Dort der Waadtländer Gewerkschafter und SP-Regierungsrat. Sie wurde nominiert vom Bundespersonalverband und unterstützt vom VPOD und der SGB-Frauenkommission. Er wurde nominiert von der Unia und der Bähnlergewerkschaft SEV und unterstützt von der Gewerkschaft Medien und Kommunikation Syndicom.

Hier also die Frau. Dort der Mann. Und sehr bald stand nur noch diese eine Frage im Raum: Frau oder Mann? Dass es endlich Zeit sei für eine Frau. Dass eine Frau andere Sensibilitäten und einen anderen Stil einbringen könne. Dass Gysi einen partizipativen Führungsstil pflege, alle einbinden und allen ein Ohr schenke. So argumentierten viele Frauen und etliche Männer, die Gysi (54) unterstützten.

Und umgekehrt sagten sie über Maillard (50), er sei ein «Gewerkschafter von gestern», ein «hemdsärmliger Macho», der immer nur «ich, ich, ich» sage, kurz ein «alter Sack». Je mehr sich die Debatte auf solche Stilfragen verengte, desto hitziger wurde sie. Politische Positionen interessierten dagegen weniger, man und frau begnügten sich damit zu sagen, «beide sind gleich gut qualifiziert». So verschob sich denn alles auf die Symbolebene.

Und wer als Frau nicht für Gysi war, sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, nicht frauensolidarisch zu sein. Eine wenig differenzierte Argumentation, wir Feministinnen waren in dieser Frage doch schon mal weiter. Die neue Frauenbewegung hat einst die Sprunghöhe gelegt: Frau allein ist noch kein Programm. Und Programm hatte Maillard deutlich mehr, auch mehr konkrete Wegbeschreibung zu den Zielen. Als Exekutivpolitiker in einem Kanton hat er zudem einen breiteren Leistungsausweis als Gysi als Exekutivmitglied in einer Kleinstadt.

Richtig, Maillards Sensibilitäten für die Sache der Frauen sind nicht dort, wo wir Feministinnen sie wünschten. Vor allem nicht im Feinstofflichen. Jedenfalls für Deutschschweizer Verhältnisse. Es ist auch ein Röstigraben-Phänomen: die führenden linken Westschweizer Männer haben von den Frauen offenbar weniger eins an die Löffel gekriegt, wenn sie das Männchen machten, als ihre Deutschschweizer Artgenossen. Auch bei SP-Chef Christian Levrat hat es da noch Luft nach oben. Kein Zufall also, dass vor allem SP-Frauen im Wahlkampf gegen Maillard ins Feld führten, es regiere in der Linken sowieso schon eine welsche Männerseilschaft: Levrat, Fraktionschef Roger Nordmann und Bundesrat Alain Berset. Jetzt dürfe das SGB-Präsidium nicht auch noch an einen von «denen» gehen. Dass das im Jahr 2019 noch so ist, kann eine schon echauffieren. Viele Frauen haben auch einfach genug von Jahrhunderten von Mansplaining: der Mann erklärt dem «Frauchen» die Welt.

ZÜRICH UND GENF

Doch die Frau-Mann-Schiene verdeckte in diesem Wahlkampf eine andere: die Ostschweiz-Westschweiz-Schiene. Beide sind miteinander verbunden. Östlich von Olten kennen Maillard nur wenige. Schon für Zürich ist das Waadtland fernes Frankreich. Umgekehrt ist ebenfalls gestrickt: Maillard ist zwar mit einer Deutschschweizerin verheiratet, doch trotz Fortschritten ist sein Deutsch noch ausbaufähig.

Kommt dazu: Die jungen Feministinnen in der deutschen Schweiz orientieren sich seit der Wahl von Trump vor allem am US-amerikanischen Feminismus. Dieser versteht sich als bunte Regenbogenbewegung mit Gender-Sternchen. In der alle Geschlechter ihren Platz haben: Frauen, Lesben, Schwule, Bi- und Transmenschen. Damit bricht die neue Frauenbewegung in der Tradition der US-Philosophin Judith Butler mit der normierenden Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau, die so viele Lebensformen diskriminiert. Und zeigt, dass das Geschlecht keine biologische, sondern eine soziale Kategorie ist. Sie visualisiert dies mit dem Gender-Sternchen. Damit ist diese neue Frauenbewegung auch ein Kind der Identitätspolitik. Sie wird hierzulande teils mit fast heiligem Eifer geführt.

Derweil hat die feministische Debatte ennet der Sense immer noch einen eher egalitären Zungenschlag, mit festem Blick auf die reale Gleichstellung in Politik und Gesellschaft. Klassenkampf und Geschlechterkampf haben sich dort weniger stark auseinandergelebt.

Maillard muss mit der Gleichstellung jetzt vorwärtsmachen, sonst gibt's Krach, …

Sagen wir also so einem welschen linken Mann 45plus, es gebe jetzt 60 Geschlechteridentitäten zur Auswahl, wie das der deutsche Lesben- und Schwulenverband kürzlich ausgearbeitet hat, und er sei ein Neandertaler, das nicht zu wissen, schaut er uns bloss gross an. Als müsste er nach Bern reisen für eine Sitzung, aber ohne Übernachtungsgutschein fürs Hotel. Weil er ja ins Ausland muss und abends nicht heimkann. Ich weiss, ein Klischee. Das Beispiel ist aber nicht erfunden. Was ich sagen will: Bern und Lausanne liegen manchmal weiter auseinander als 1 Stunde 12 Minuten mit den SBB. Und erst recht Zürich und Genf.

TESTOSTERON UND KÜSSE

So überlegt es sich ein gut erzogener Deutschschweizer Linker heute eher zweimal, ob er eine Frau zur Begrüssung berühren und küssen soll oder nicht. Maillard aber schritt auf die Bühne, wo sich Gysi und er den Fragen des Kongresses stellen mussten, ging auf sie zu – und küsste sie. Auf die Wange, so, wie sich das im Westen unter Genossinnen und Genossen gehört.

Da meinte meine Sitznachbarin am Kongresstisch der Medien, übrigens eine Deutschschweizerin: «Ui, die Fans von Gysi sagen jetzt sicher: ‹Schaut nur dieser Macho, immer auf Testosteron, typisch!›» Beide dachten wir blitzartig an EU-Kommissionspräsident Juncker und an ein bestimmtes Foto.

In diesem Moment kam mir mein Onkel Marcel selig in den Sinn. Ein Büezer aus Carouge. Immer, wenn Marcel uns besuchte, trug er einen schwarzen Ledermantel und einen Seehundsschnauz. Und er rauchte Kette ohne Filter. Wenn er also rauchnend wieder mal vor der Tür stand und ich vor ihm, tief unten, dann hob sein starker Arm mich auf Schnauzhöhe hoch, verküsste er mich herzhaft – und setzte mich wieder auf den harten Boden der Wirklichkeit. Das ist mir für immer geblieben, denn das tat nur er. Bei den Deutschschweizer Onkeln musste ich nur die Hand geben: «Ds schöne Handeli, gäu!»

… noch mehr Krach als im Wahlkampf.

Und nein, liebe Feministinnen, das ist kein Freibrief für mangelndes feministisches Bewusstsein bei linken Männern im allgemeinen und in der Westschweiz im besonderen. Aber: Multikulti ist eben nicht immer easy. Auch nicht innerhalb der Willensnation Schweiz.

Doch nun kommt der Frauenstreik. Und die Gewerkschafterinnen geben schon mächtig Gas: «Rot vor Wut, blau vor Wut, schwarz vor Wut: rouge de colère, bleu de colère, noir de colère!»

WIRBEL: Die Trommelgruppe Borumbaia bringt den Kursaal zum Beben.

EHRUNG: Die Historikerin Elisabeth Joris erhält den SGB-Kulturpreis.

ABSCHIED: Vasco Pedrina verabschiedet Paul Rechsteiner.

AKTION: Unia-Chefin Vania Alleva (in der Mitte) protestiert für den Lohnschutz.

POST: Pöstlerin Katrin Bärtschi überreicht Paul Rechsteiner die Originalgrafik zur AHV-Abstimmung von 1947 von Hans Erni.

FOTOS: NEIL LABRADOR (3), THIERRY PORCHET (1), SGB (1)

Paul Rechsteiner: Das Ende einer Ära

Der rote Paul geht von Bord

Bei der Verabschiedung von Paul Rechsteiner wurde im Berner Kursaal so manches Auge feucht.

RALPH HUG

Die Trommelgruppe Borumbaia dröhnt. Tief hallen die Schläge im Kursaal nach. Es ist Zeit, Abschied zu nehmen von der Person, die den Gewerkschaftsbund seit 20 Jahren durch alle Stürme führte. Das geht ans Herz. Der Applaus will nicht enden. Kaum je war die Gewerkschaftsbewegung emotionell so stark mit einem Chef verbunden wie mit Paul Rechsteiner. Er ist ein Mensch, der wenig Gefühle zeigt. Dem Pathos fremd ist. Der ein eher hölzerner Redner ist. Aber der weiss, was einfache Menschen bewegt, weil er selber einer von ihnen ist. Mutter Anni (93) war auch da, in Begleitung der Familie und direkt aus der Reha im Toggenburg. Sie freute sich über ihren berühmten Sohn.

GLÜCKSFALL. Kein anderer hätte Rechsteiners grosse Leistungen für die Arbeitnehmenden besser würdigen können als sein Weg- und Kampfgefährte Vasco Pedrina, der ehemalige Unia-Co-Präsident. Ein Glücksfall sei er für den SGB gewesen, ein Vorbild für viele und vermutlich der belesenste Gewerkschaftspräsident je. Pedrina hebt Rechsteiners Gradlinigkeit und Glaubwürdigkeit hervor. Diese habe er sich als Anwalt der einfachen Leute und als Kämpfer in vielen kollektiven Aktionen erworben. Dann zitiert Pedrina einen alten GBI-Gewerkschafter: «Die Leute verstehen nicht immer, was er sagt, aber sie glauben ihm.» Und Pedrina erwähnt auch seine Tochter, die ihn jeweils ans Telefon rief: «Papi, es ist der Mann, der schnell redet!»

MAMA: Paul Rechsteiner mit seiner Mutter Anni (93).

FOTO: NEIL LABRADOR

Zwanzig Jahre: Der Gewerkschaftsbund verändert sich in dieser Periode total. Er wird offener, vielfältiger, mobiler. Er verschafft sich Respekt, kann seinen Gegnern rote Linien ziehen. Er erkämpft die Wende vom unmenschlichen Kontingentsystem zur sozial flankierten Personenfreizügigkeit, führt mit Erfolg Mindestlohnkampagnen und stärkt das Netz der Gesamtarbeitsverträge, ganz entgegen dem europäischen Trend. Alles unter Rechsteiner. Einiges bleibt laut Pedrina auch unerreicht. Mit den christlichen Verbänden ist die Gewerkschaftsbewegung weiterhin gespalten, der Mitgliederbestand stagniert, bei der Lohngleichheit braucht es weitere Antritte, ebenso bei der AHV. Doch dafür ist mit der geplanten Volksinitiative für eine 13. Rente gesorgt. Dank Rechsteiner. Wem sonst?

TIEF BEWEGT. Es wird ihm fast zu viel ob all dem Lob. Rechsteiner steht auf dem Podium, nimmt's betont gelassen und ist doch im Innern tief bewegt. Er wird geküsst, umarmt, versinkt fast im Applaus, nimmt Hans Ernis Originalgrafik zur AHV-Abstimmung von 1947 als Geschenk entgegen, und er hört den einmaligen Berner Autor Pedro Lenz sagen: «Jetzt geit en Ära zÄnd, jetz waggle Muure u Wänd, jetz geit dr Presidänt.» Der Lotse verlässt das Boot und bleibt doch an Bord, als Ständerat und Mann mit Einfluss unter der Bundeshauskuppel. Sein Vermächtnis ist nachhaltig. In den eigenen Worten tönt es so trocken wie immer: «Was gehört zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft? Es braucht dafür den Geist der Offenheit und auch des Pluralismus. Und die Fähigkeit zur Bündelung und Konzentration der Kräfte auf die für die Arbeiterinnen und Arbeiter entscheidenden Fragen.» Und dann kommt noch ein Satz. Einer fürs Geschichtsbuch: «Es gibt keine Alternative zur Solidarität.»

«Die Leute verstehen nicht immer, was er sagt, aber sie glauben ihm.»
VASCO PEDRINA

Das grosse work-Interview mit Paul Rechsteiner in work Nr. 18 oder unter: **rebrand.ly/interview-paul**

work en vogue: Die tollsten Looks vom Kongress-Steg

Auch dieses Jahr präsentiert unsere Style-Chefin die pfiffigsten Outfits in der beliebten work-Moderubrik «work en vogue». Hipster Chic, Rock 'n' Roll-Retro, Very British und Chanel-Glamour sind definitiv angesagt. Definitiv out sind hochhackige Stilettos und Bling-Bling-Sneakers. Frau trägt wieder coole Chelsea Boots und verspielte Rokoko-Stiefeletten. Und Mann trägt wieder klassische Halbschuhe in Edelleder. Aber vor allem: Fifty shades of black. Mann und Frau tragen wieder hemmungslos Schwarz.

Rebekka Wyler rockig & rot: Die Co-Generalsekretärin der SP Schweiz trägt ein kurzes Smoking-Jackett mit Satin-Bordüre. Scharf und spitz rockt sie mit den roten Schuhen übers Parkett. Dazu klimpern die kleinen Ohrringe, ebenfalls in Rot. Retro, aber oho!

Alessandro Pelizzari: Very british, very Gentleman und elegant-dezent das Karo am Blazer. Der Unia-Mann trägt den klassischen Schnürschuh als Understatement, einfach stark!

Luca Cirigliano (SGB-Sekretär) und Manuela Cattani (SIT-Delegierte): Latin Hipster meets Juliette Gréco. Er setzt seinen Farbakzent ganz unten, mit Socken in schattiertem Zyklamen. Sie versinken in den rehbraunen Slipper-Mocassins. Cattani trägt ein rosa Béret mit aufgestickten Perlen, ein bisschen Chanel, le rose et le rouge, frech kombiniert mit Stiefeletten in Schlangenleder-Gepräge.

Lucie Waser rocco-barocco: Schwer nach russischer Taiga rufen die opulenten Stickereien und Edelsteinbesätze am dicken Wollmantel der SEV-Frau. Doktor Schiwago lässt auch beim taillierten Top mit weissem Rahmen-Stiching grüssen: Wann fährt der nächste Zug nach Nowosibirsk?

FOTOS: MJK

Ausstellung: Emil Acklins Fotos des Büezer-Alltags der 1920er Jahre

Mit der Leica in den Klassenkampf

Emil Acklin war Lehrer und wurde entlassen, weil er Kommunist war. Dann zückte er die Kamera und fotografierte Zürich von unten.

RALPH HUG

Dank Emil Acklin (1889–1976) wissen wir, wie ein Büezerleben in den 1920er Jahren aussah. Acklin streifte mit der Leica in der Hand durch die Stadt Zürich und fotografierte Teerkocher, Kesselflicker, Weichenputzer, Schienenleger, Strassenwischer und Paketpöstler bei der Arbeit. Vor die Linse kamen ihm aber auch Bettler, Obdachlose und arme Leute auf der Schattenseite der Gesellschaft. Seine Fotos feiern die Werktätigen und klagen gleichzeitig die Reichen an, die es zulassen, dass es so viele Arme gibt. Acklin war Kommunist und glaubte an eine gerechte Ordnung.

Das bekam ihm aber schlecht. Weil er an den Novemberkrawallen von 1917 gegen Krieg und Militarismus teilgenommen hatte, kam er für sieben Monate hinter Gitter. Seinen Job als Lehrer war er los. Und die Armee degradierte ihn, der einst sogar Oberleutnant gewesen war. Fortan musste er sich als Privat- und Musiklehrer durchschlagen. Da hatte er Zeit, 1.-Mai-Demos, Streiks und Protestaktionen sowie das Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter in Aussersihl und in der Altstadt zu fotografieren. Aber nicht einfach zum Spass. Acklin wollte das arbeitende Volk dokumentieren, nach Marx der Motor der Geschichte. Für ihn war die Fotografie ein Mittel des Klassenkampfs.

Emil Acklins Arbeiterfotos klagen die Reichen an.

Er sagte: «Wir nennen uns Arbeiterfotografen, weil wir uns zu der Arbeiterklasse zählen, zum klassenbewussten Proletariat, das sich zum Sozialismus bekennt.» Acklin und der Schlosser Wilhelm Willi gründeten 1929 den Zürcher Arbeiter-Fotobund, der einen wahren Fotoschatz hinterliess. Teile davon landeten später im berühmten Panoptikum zur Sozialgeschichte von Roland Gretler (work berichtete: **rebrand.ly/gretler).** Jetzt hat das Zürcher Stadtarchiv den Nachlass von Acklin aufgearbeitet und zeigt ihn in einer kleinen, aber feinen Ausstellung. Acklins politische Fotografie ist ein Spiegel der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und bildet die zerrissenen 1930er Jahre ab. So zeigt er auch einen stämmigen Typen, der den «Eisernen Besen» verkauft, das Kampfblatt der Schweizer Faschisten. Dann aber wieder spielende Kinder im Hinterhof oder Fischer an der idyllischen Sihl. Acklin hatte einen ausgeprägten Sinn für die urbane Szenerie. Er fing das tägliche Leben dort ein, wo es sich abspielte – auf der Strasse und um die Ecke. Auch dösende Katzen und wartende Pferde gehören dazu. Acklin selbst lebte bis zu seinem Tod im Arbeiterquartier Aussersihl. Teils in dem Haus, in dem auch der anarchistische Arbeiterarzt Fritz Brupbacher wohnte.

ARBEITER-FOTOGRAFIE: Teerkocher im Rauch (oben), Balanceakt auf der Leiter und Paketpöstler unterwegs im Zürich der 1920er Jahre (unten, v. l). FOTOS: EMIL ACKLIN / STADTARCHIV ZÜRICH

Emil Acklin – Fotografie als Klassenkampf. Stadtarchiv Zürich, Neumarkt 4, 4. bis 18. Januar 2018.
Katalog im Download unter:
www.stadt-zuerich.ch/stadtarchiv-arche

work 1x1 der wirtschaft

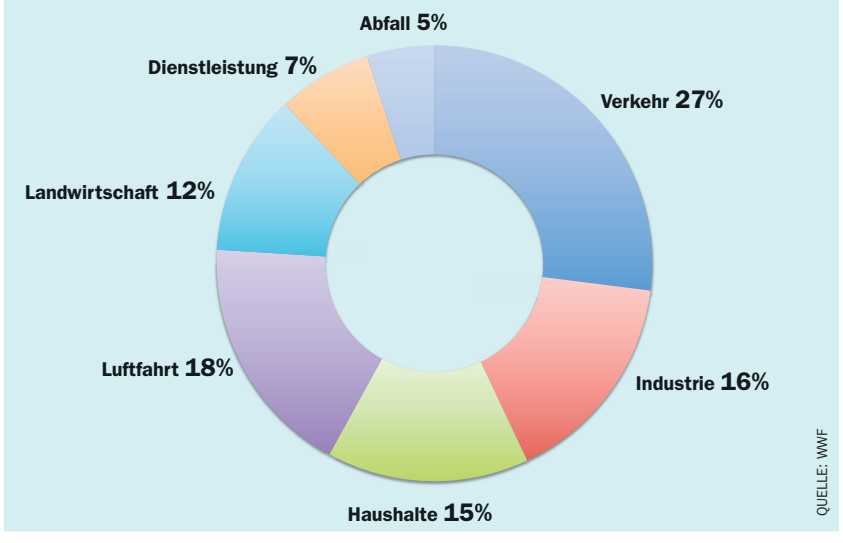
Hans Baumann

KLIMAABGABEN: EIN SOZIALER AUSGLEICH IST NÖTIG

Ganz knapp hat der Nationalrat ein Ziel für die Beschränkung des CO_2-Ausstosses im Inland abgelehnt. Damit setzte sich die Rechte gegen den Antrag des Bundesrates durch, der mindestens 30 Prozent der gesamten Reduktion im Inland einsparen wollte. Ein grosser Rückschritt, wenn dies der Ständerat nicht noch korrigiert! Spätestens nach dem letzten heissen und trockenen Sommer ist für die meisten klar, dass wir auch im Inland den Ausstoss von Treibhausgasen vermindern müssen. Denn nur so können wir die CO_2-Ziele erfüllen und damit unseren Beitrag gegen die Klimakatastrophe leisten.

FLIEGEN & HEIZEN. Transport und Verkehr verursachen in der Schweiz 45 Prozent des Klimaeffekts, davon die Luftfahrt allein 18 Prozent. Haushalte und Industrie liegen an zweiter Stelle mit 31 Prozent. Das ist zum grossen Teil auf das Heizen mit fossilen Brennstoffen zurückzuführen. Für eine Reduktion der Treibhausgase im Inland müssen also vor allem die Belastung durch den Verkehr und der Energieverbrauch in den Gebäuden reduziert werden. Dabei sollen neben Fördermassnahmen auch Abgaben eingeführt werden, beim Verkehr zum Beispiel eine Abgabe auf Benzin, Diesel und Kerosin. Diese Abgaben würden die Treibstoffpreise und damit mittelfristig auch das Autofahren und Fliegen teurer machen. Längerfristig kann sich das ausgleichen, indem auf effizientere und damit auch wieder günstigere Alternativen umgestiegen wird (etwa Elektro- statt Benzinmotoren). Die massiven Proteste in Frankreich zeigen, dass die stärkere finanzielle Belastung durch solche Abgaben nicht einfach so hingenommen wird. Vor allem Familien mit tiefen bis mittleren Einkommen spüren höhere Abgaben auf Treibstoffen empfindlich. Die Abgaben müssen aber eine gewisse Höhe haben, damit sie überhaupt wirken. Soll die Mehrheit für eine solche Politik gewonnen werden, ist eine soziale Abfederung nötig. Wie heute schon bei der CO_2-Abgabe auf fossilen Brennstoffen muss die Mehrbelastung zum Beispiel durch eine Senkung der Krankenkassenprämien oder etwa durch Steuersenkungen für untere und mittlere Einkommen kompensiert werden.

Menschgemachter Klimawandel: Wer wie viel beiträgt



Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Frauenbiographien

Salut Frau Oberst, Grüezi Frau Bundesrat

Die Journalistin Fatima Vidal porträtiert hundert Frauen aus der ganzen Schweiz. Weil es sonst niemand tut.

PATRICIA D'INCAU

Was tut frau, wenn sie sich ärgert, dass die Medien auch noch im Jahr 2018 vor allem Männern eine Bühne bieten? Sie gründet selbst eine Plattform. So, wie es Journalistin und Autorin Fatima Vidal gemacht hat. Sie hat das Projekt «100 Frauen» angestossen. Eine Website, gefüllt mit kurzen Interviews und Portraits von aussergewöhnlichen Frauen in der Schweiz. Vidal zeigt: An weiblichen Stimmen mangelt es nicht. Man muss ihnen nur Platz geben.

HUNDERT FRAUEN. Auf «100 Frauen» erklärt die Biersommelière Karin Patton, was ein richtig gutes Bier ausmache. Pascale Beucler, eine von nur sieben weiblichen Obersten in der Schweiz, berichtet aus der Armee. Madame Malevizia, Pflegerin mit Pseudonym, prangert Missstände an. Und die Weltraumforscherin Dr. Kathrin Altwegg erzählt, wie ältere Professoren den Frauen an der Universität den «Ratschlag» erteilten, sie sollten doch besser «in der EPA Strümpfe verkaufen» als zu studieren.

Das Projekt «100 Frauen» dokumentiert journalistisch die Frauenvielfalt heute. Eine systematische, länderübergreifende Ergänzung leistet die deutsche Feministin und Sprachwissenschafterin Luise F. Pusch. Sie hat gleich ein ganzes Online-Nachschlagewerk für Frauenbiographien aufgesetzt. «FemBio»

FOTO: SRF / MARCUS GYGER

STARKE FRAU: Micheline Calmy-Rey.

heisst die Datenbank und ist eine wahre Goldgrube, um die (männlich geprägte) Geschichtsschreibung zu vervollständigen. Oder wussten Sie etwa, dass Frau Einstein Miterfinderin der Relativitätstheorie war?

BUNDESRÄTINNEN. A propos Geschichtsschreibung: Die begann für die Frauen im Bundesrat erst 1984. Mit der Wahl der Freisinnigen Elisabeth Kopp. Nach 117 Jahren Männerherrschaft. Eine Medienkampagne setzte Kopps Karriere zwar ein jähes Ende, nach ihr war der Bundesrat aber nie mehr frauenlos. Auch wenn es keine leicht hatte: Ruth Dreifuss, das «exotische Wesen», die später zusammen mit der jungen Ruth Metzler für die Mutterschaftsversicherung eintrat. Micheline Calmy-Rey und Eveline Widmer-Schlumpf, die nach ihrer Wahl vom SVP-Lager als «Judas» verfemt wurde. Doris Leuthard, deren Kompetenz wegen «Emotionalität» in Frage gestellt wurde, und schliesslich Simonetta Sommaruga, die für mehr Lohngleichheit eintrat.

Der SRF-Dokumentarfilm «Die 7 Bundesrätinnen» zeigt eindrücklich die gemeinsamen – und manchmal auch einsamen – Kämpfe der bisherigen Frauen im höchsten Polit-Amt. Der Film ist ein bewegendes Stück Schweizer Geschichte.

Onlineplattform I: **100 Frauen auf www.100frauen.ch.** Ab Januar wird die Seite um das Projekt «Feminismus in der Schweiz» ergänzt.

Onlineplattform II**: FemBio** von Luise F. Pusch auf **www.fembio.org.**

Dokumentarfilm: **Die 7 Bundesrätinnen.** Schweizer Fernsehen SRF. **rebrand.ly/bundesraetinnen.**

Das offene Ohr

Philip Thomas
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeitszeugnis: Was tun, wenn die Firma sich weigert?

Ich habe die Arbeitsstelle gewechselt und von meiner ehemaligen Firma ein Arbeitszeugnis verlangt. Trotz mehrmaliger Mahnung habe ich jedoch immer noch kein Zeugnis erhalten. Ich habe doch ein Anrecht auf ein Arbeitszeugnis?

PHILIP THOMAS: Ja. Nach Beendigung des vorherigen Arbeitsverhältnisses muss Ihnen Ihre ehemalige Firma ein Arbeitszeugnis ausstellen. Gemäss dem Obligationenrecht haben Sie einen rechtlichen Anspruch darauf. Da Sie bis heute kein Arbeitszeugnis erhalten haben, können Sie einen eigenen Zeugnisvorschlag schreiben. Informieren Sie zudem Ihren Chef oder Ihre Chefin, dass Sie klagen werden, sollten Sie das Zeugnis nicht

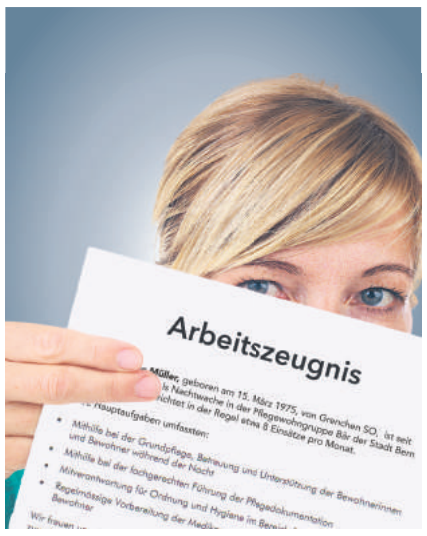


FOTO: FOTOLIA

***IN JEDEM FALL:** Wenn Sie die Stelle wechseln, haben Sie immer Anrecht auf ein Arbeitszeugnis Ihrer alten Firma.*

erhalten. Kommt es zu keiner Einigung, müssen Sie rechtliche Schritte unternehmen. Dafür müssen Sie zuerst das Schlichtungsverfahren einleiten und, falls es dort keine Einigung gibt, das zuständige Gericht anrufen. In einem solchen Fall wenden Sie sich am besten an das für Ihre Region zuständige Unia-Sekretariat. Man wird Ihnen dort gerne weiterhelfen.

Ergänzungsleistungen: Muss ich sie zurückerstatten?

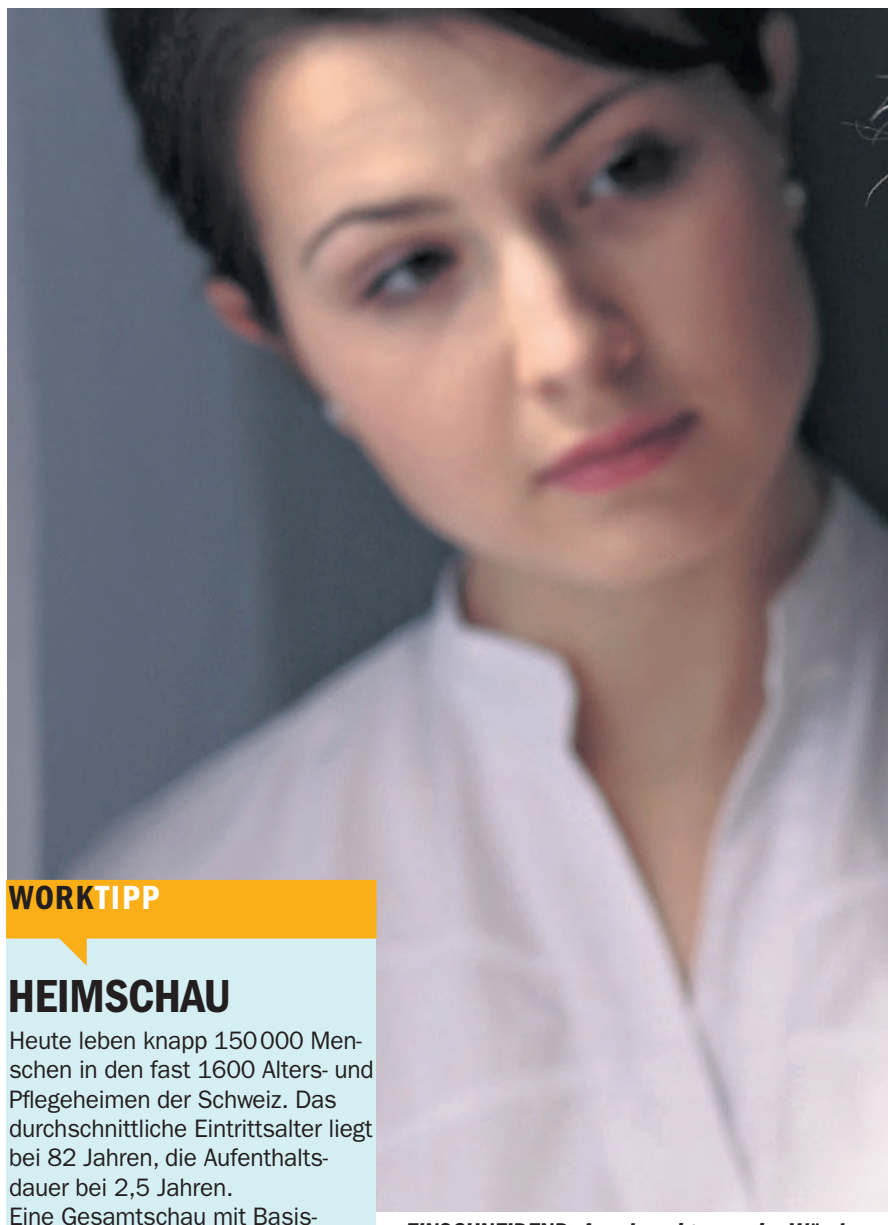
Ich erhalte seit langem eine volle IV-Rente. Da ich ein sehr knappes Einkommen habe, beziehe ich zusätzlich Ergänzungsleistungen. Nun habe ich 50 000 Franken geerbt. Muss ich die bereits bezogenen Ergänzungsleistungen zurückbezahlen?

PHILIP THOMAS: Nein. Ergänzungsleistungen müssen Sie nicht zurückerstatten. Dies wird oft mit der Sozialhilfe verwechselt. Diese muss nämlich in einem solchen Fall zurückbezahlt werden. Die Ergänzungsleistungen müssen nur dann zurückgegeben werden, wenn sie aufgrund falscher Tatsachen bezogen wurden. Dies ist der Fall, wenn ein Vermögen verschwiegen wurde oder wenn Sie als IV-Rentnerin ein zusätzliches Lohneinkommen nicht deklariert haben. Oder wenn Sie eine Mietzinsanpassung nicht melden. Sie müssen jetzt aber auf jeden Fall der zuständigen Ausgleichskasse mitteilen, dass Sie 50 000 Franken geerbt haben. Ansonsten verletzen Sie die Meldepflicht. Die Ausgleichskasse wird anhand Ihrer neuen finanziellen Situation den Anspruch auf Ergänzungsleistungen neu berechnen. Es kann sein, dass Sie dann weniger erhalten oder gar keinen Anspruch mehr auf Ergänzungsleistungen haben. Wenn Sie die Mitteilung unterlassen, wird die Ausgleichskasse es spätestens bei der periodischen Überprüfung Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse merken, und dies wird dann eine Rückerstattung zur Folge haben.

Der Vater verstorben, die Mutter stark pflegebedürftig

«Was, ins Heim wollt ihr mich

Wird für einen alten Menschen der Übertritt ins Heim unaufschiebbar, sind meist auch die Nachkommen gefordert. Was es bei der Suche nach dem neuen Zuhause zu beachten gilt, was das Wohnen im Heim kostet und wer dafür bezahlt.



***EINSCHNEIDEND:** Aus den eigenen vier Wänden*

MARTIN JAKOB

Seit Vaters Tod hat sich die Mutter verändert. Als ob sie den Lebensmut verloren hätte. Sie klagt über vielerlei Gebresten. Vergisst, ihre Medikamente pünktlich zu nehmen, was für sie als Diabetikerin und Herzkranke gefährlich werden kann. Sie isst unregelmässig und geht kaum noch aus dem Haus. Die Spitex kümmert sich zwar um vieles, hat aber signalisiert, sie komme an die Grenzen dessen, was mit häuslicher Pflege zu machen sei. Auch der Hausarzt rät zum Wechsel in ein Alters- und Pflegeheim.

«Was, ins Heim wollt ihr mich abschieben?» ist die erste Reaktion der Mutter. Ihr Blick schweift zum Eichenbuffet, das sie und der verstorbene Vater sich kurz nach der

Ein, zwei Wochen Probewohnen helfen beim Entscheid.

Hochzeit angeschafft hatten, und bleibt dann auf den vergilbten Familienfotos in den goldlackierten Rahmen haften: «Hier bin ich zu Hause, hier lebe ich, hier sterbe ich!» sagt sie.

ÜBERZEUGUNGSARBEIT

Der Widerstand ist begreiflich. Kaum jemand geht heute mit Freude ins Alters- und Pflegeheim. Weil der Heimeintritt den Wechsel aus einer vertrauten in eine neue Umgebung bedeutet. Weil die Strukturen eines Heims vielen als beengend erscheinen. Und weil ein Aufenthalt jeden Monat eine stattliche Summe verschlingt.

Deshalb ist die erste Aufgabe der Nachkommen und anderer Bezugspersonen meist das motivierende Zureden. Dabei hilft es, jemanden beizuziehen. Die Pro Senectute unterhält in allen Kantonen Sozialberatungsstellen, die sich in den sachlichen Fragen zu einem Heimeintritt auskennen und auch Erfahrung in der Gesprächsführung zum Thema haben **(prosenectute.ch).** Etwas Geduld ist in dieser Phase ratsam: Das Ja soll reifen dürfen.

DAS HEIM AUSWÄHLEN

Wichtig: Sie können das Heim frei wählen. Natürlich spielt die geographische Nähe eine grosse Rolle. Im nahe gelegenen Heim wird die Mutter am ehesten auf Menschen treffen, die sie bereits kennt, und die Umgebung ist ihr vertraut. Andere Faktoren sind aber auch zu beachten:

- **Pflegeleistung:** Verfügt das Heim über genügend Pflegekompetenz für die bestehenden Krankheiten? Wenn sich bereits eine dementielle Entwicklung abzeichnet: wäre der Wechsel in eine Demenzabteilung im gleichen Haus möglich?
- **Lebensqualität:** Wie steht es um den Komfort? Wie gut ist die Küche? Offeriert das Heim anregende Aktivitäten?
- **Ethische Aspekte:** Wie steht es um den «Hausgeist» des Heims? Welchen Ruf hat es? Wirken die Mitarbeitenden motiviert? Haben die Bewohnerinnen und Bewohner Mitbestimmungsrechte, und werden Angehörige ins Heimleben einbezogen?

Um einen sicheren Entscheid zu fällen, sollte man das Heim auf jeden Fall besichtigen und ein Gespräch mit der Heimleitung führen. Oft ist auch ein Probewohnen möglich.

WER WOFÜR BEZAHLT

Die Kosten eines Heimaufenthalts lassen sich in drei Gruppen gliedern und betragen im schweizerischen Mittel knapp 300 Franken pro Tag:

- **Pension:** 122 Franken. Diese Kosten umfassen die Zimmermiete einschliesslich Reinigung, Verpflegung und Kleiderwäsche. Die Pension ist von der Bewohnerin zu bezahlen.
- **Betreuung:** 47 Franken. Damit finanziert das Heim die Personal- und Sachkosten, die sich weder der Hotellerie noch der Pflege nach Krankenversicherungsgesetz (KVG) zuordnen lassen. Zum Beispiel für Aktivierungsangebote und Assistenz bei täglichen Verrichtungen. Die Betreuung ist von der Bewohnerin zu bezahlen.
- **Pflege/Pflegenebenkosten:** 130 Franken. Dieser Betrag enthält die Kosten der Pflege nach KVG. Die Bewohnerinnen werden je nach Pflegeaufwand in Pflegestufen eingeteilt. Die Bewohnerin bezahlt aber in jedem Fall maximal Fr. 21.60 selber. Für den Rest kommen die Krankenversicherung sowie Kanton und Gemeinde auf.

Für die Bewohnerin ergibt sich also folgende Monatsrechnung: 122 Franken Pension plus 47 Franken Betreuung plus 21.60 Franken Pflege gleich 190.60 Franken pro Tag oder rund 5800 Franken pro Monat (je nach Heim und seinem Tarif können die Kosten höher oder tiefer liegen). Hinzu kommen die Kosten nicht kassenpflichtiger Pflegeleistungen sowie die persönlichen Auslagen für die

WORKTIPP

HEIMSCHAU

Heute leben knapp 150 000 Menschen in den fast 1600 Alters- und Pflegeheimen der Schweiz. Das durchschnittliche Eintrittsalter liegt bei 82 Jahren, die Aufenthaltsdauer bei 2,5 Jahren.
Eine Gesamtschau mit Basisinformationen zu jedem Heim für alte Menschen bietet die Website **www.heiminfo.ch** von Curaviva, dem Verband Heime und Institutionen Schweiz. Noch haben nicht alle Heime ihre Detailinformationen aufgeschaltet, aber die Links funktionieren, und für einen ersten Überblick eignet sich die Site gut.

***DAMIT IHRE HILFE ANKOMMT:** Wählen Sie für Ihre Spende Organisationen aus, die überprüfbar seriöse Arbeit leisten.* FOTO: VINCENT TREMEAU / UNICEF

Wohltätigkeit: Welche Hilfswerke

Aufs Zewo-Siegel

Das Zewo-Gütesiegel bestätigt die Seriosität eines Hilfswerks. Aber auch Organisationen ohne Siegel können eine Spende wert sein.

MARTIN JAKOB

Schweizerinnen und Schweizer sind nicht knausrig. Acht von zehn Haushalten spenden regelmässig, 300 Franken sind es im Durchschnitt pro Jahr. Total 1,85 Milliarden Franken flossen 2017 in die Kassen der Hilfswerke, Erbschaften, Gross- und Firmenspenden inbegriffen.

Doch kommt das Geld tatsächlich dem Spendenzweck zugute? Wie viel verpufft für Verwaltung und Spendenwerbung? All die Sammelaktionen, Motivationsbriefe, die kleinen Geschenke, die oft beiliegen, die Porti, die Personal- und Bürokosten muss das Hilfswerk ja zuerst einmal bezahlen, bevor es mit den Nettoeinnahmen Gutes tun kann.

79 PROZENT NETTO. Die Schweizerische Zertifizierungsstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen (Zewo) wacht darüber, dass die Spendengelder zweckbestimmt, wirksam und wirtschaftlich eingesetzt werden. Um das Zewo-Gütesiegel führen zu dürfen, müssen sich die Hilfswerke eine Prüfung auf Herz und Nieren gefallen lassen. 21 Standards sind zu erfüllen, und alle fünf Jahre wird die Organisation neu überprüft. Insbesondere muss das Hilfswerk darlegen, dass es Wirkungsziele definiert hat und

abschieben?»

ins Heim umzuziehen ist ein grosser Schritt. FOTO: ISTOCK

Krankenkassenprämie, für Kleidung, Pflegeprodukte, Coiffure, Cafébesuche und anderes mehr.

7000 Franken pro Monat oder mehr sind deshalb rasch erreicht. Meist reicht das Einkommen aus AHV-Rente und Pension bei weitem nicht aus, diese Kosten zu stemmen. Die Differenz muss

Über die Hälfte der im Heim Lebenden beziehen Ergänzungsleistungen.

durch Verzehr des Vermögens ausgeglichen werden (siehe nebenstehenden Text) sowie durch Ergänzungsleistungen. Rund 60 Prozent aller Heimbewohner und -bewohnerinnen erhalten aktuell Ergänzungsleistungen. Um den Anspruch darauf abzuklären, ist ebenfalls ein Gespräch mit der Sozialberatung von Pro Senectute hilfreich, Auskünfte erteilt auch die kantonale AHV-Zweigstelle **(rebrand.ly/zweigstelle).**

Zwei Monate nach dem ersten Gespräch mit ihren Kindern, dem Hausarzt und der Beraterin von Pro Senectute, nach einer Besichtigung des Heims und einem zweiwöchigen Probewohnen hat unser Müeti übrigens in den Umzug eingewilligt. «Dann halt», sagte sie, «aber nur, wenn ich das Buffet mitnehmen darf. Und besuchen kommt ihr mich ja auch, gäll?» Versprochen!

HEIM UND ERBE

DAS LIEBE GELD

Mal ganz ehrlich: Bei aller Elternliebe mag der Gedanke, dass der Heimaufenthalt von Vater und/oder Mutter nun das ganze Erbe verzehrt, schon auch unangenehm sein. Wie sehen die Fakten aus? Sobald das Einkommen aus Rente und Pension tiefer ist als die Lebenskosten im Heim, besteht ein Recht auf Ergänzungsleistungen und allenfalls Hilflosenentschädigung, welche die Differenz ausgleichen. Vermindert wird dieser Anspruch durch den Vermögensverzehr. Zu seiner Berechnung wird vom Gesamtvermögen ein Freibetrag abgezogen (Alleinstehende aktuell 37 500 Franken, Ehepaare 60 000 Franken). Von der Differenz ist pro Jahr ein Zehntel als Beitrag an die Lebenskosten beizusteuern. Das Vermögen schmilzt also nicht wie Schnee an der Sonne.

SCHENKUNG. Würde eine Familie noch besser fahren, wenn die Eltern ihr Vermögen schon zu Lebzeiten an die Kinder verschenkten? Bei Schenkungen bis 10 000 Franken pro Jahr (an alle Kinder gesamthaft) ist das der Fall, höhere Schenkungsbeträge rechnet die Behörde aber zum elterlichen Vermögen, was den Anspruch auf Ergänzungsleistung schmälert und zum rascheren Verzehr des bei den Eltern verbliebenen Vermögens führt. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

SCHÖN WAR'S. Beim Zusammenstellen des Ferienfotobuchs erlebt man die Reise gleich noch einmal. Und gibt sich eine Heidenmühe. Da sollte dann auch die Qualität stimmen! FOTO: ISTOCK

Das sind die besten Fotobücher

Fotobücher sind beliebte Weihnachtsgeschenke. Sie sollten sie aber am richtigen Ort bestellen. Denn die Bildqualität schwankt je nach Fotolabor deutlich. In einem «Saldo»-Test der acht grössten Hersteller schnitt Myphotobook am besten ab. Das Buch war sehr gut gebunden, liess sich am Computer relativ einfach gestalten und hatte eine gute Bildqualität.

Myphotobook schnitt im Test am besten ab.

Cewe, Fuji und Aldi überzeugten bei der Bildqualität ebenfalls. Die schlechtesten Bewertungen bei der Bildqualität erhielten Fotopost 24 und Bookfactory. Die Fotos wirkten flau, zu dunkel und hatten einen Rotstich.

BESSER SELBER GESTALTEN. Wenn Sie ein Fotobuch bestellen, können Sie zwischen zwei Varianten wählen: Entweder verteilt das Programm eigenständig die Fotos im Buch. Das Ergebnis war im Test aber selten zufriedenstellend. Oder Sie gestalten jede Seite selbst. Dazu ist bei allen Produkten auf der Website etwas Einarbeitung nötig. Relativ schnell klappte es bei Myphotobook, Fuji und Ifolor. Mit etwas Übung liessen sich dort Fotobücher einfach und vielseitig gestalten. Mühsam und kompliziert war die Arbeit bei Fotopost 24 und Fotoblitz.
Keine grossen Unterschiede gab es beim Preis: Ein Buch von 26 Seiten kostete zwischen Fr. 37.90 (Aldi) und Fr. 44.90 (Fuji). MARC MAIR-NOACK

verdienen Ihr Vertrauen?

setzen – oder genau hinschauen

transparent über sein Wirken informiert. Und es muss seine Mittel effizient einsetzen. Höchstens rund ein Drittel des Spendenvolumens darf auf dem Weg von den Spenderinnen und Spendern zu den Begünstigten auf der Strecke bleiben. Im Schnitt aller 500 Schweizer Hilfswerke mit Zewo-Gütesiegel fliessen 79 Prozent der Spendengelder in konkrete Hilfeleistung. 13 Prozent kostet die Administration und 8 Prozent die Spendenwerbung.

OKAY AUCH OHNE SIEGEL. Etwa 60 Prozent der 1,85 Milliarden Spendenfranken gingen 2017 an Hilfswerke mit Zewo-Gütesiegel. Und die anderen 40 Prozent? Sind sie etwa zwielichtigen Organisationen in die Hände gefallen? Wohl zum kleinsten Teil. Obwohl es unseriöse Spendensammler auch gibt: auf ihrer Website führt die Zewo unter dem Titel «Hier warnt die Zewo» eine hilfreiche schwarze Liste **(www.zewo.ch).**

So verschaffen Sie sich Sicherheit, wenn das Zewo-Gütesiegel fehlt: Machen Sie sich

Die Zewo prüft ein Hilfswerk auf Herz und Nieren.

selbst ein Bild von der Arbeitsweise der Organisation, ihrem Hintergrund und den Strukturen. Schauen Sie sich die Jahresrechnung an: Ist sie kaufmännisch korrekt geführt und von einer unabhängigen Stelle revidiert? Und in welchem Verhältnis stehen die Kosten zu den Leistungen? Sind all diese Informationen auf der Website der Organisation zu finden oder werden sie Ihnen auf Anfrage prompt zur Verfügung gestellt, ist das ein gutes Zeichen.

AUSWAHL TREFFEN. Die Zewo rät übrigens: «Spenden Sie lieber viel an wenige als wenig an viele.» Weil das kosteneffizienter ist. Und weil Sie mit einem etwas grösseren Betrag auch eher festlegen können, für welches Projekt Ihre Spende einzusetzen ist.

Der wichtigste Ratschlag aber lautet: «Folgen Sie Ihrem Herzen.» Dann kann das Hilfswerk auch auf Ihre Treue zählen – und treue Spenderinnen und Spender sind die wichtigste Stütze jeder Organisation, die nachhaltig helfen will.

STEUERABZUG

SPAREN MIT SPENDEN

Ihre Spenden an gemeinnützige Organisationen können Sie in der Steuererklärung grundsätzlich als Einkommensminderung geltend machen. Bei der direkten Bundessteuer gilt das für Beträge über 100 Franken bis zu maximal 20 Prozent des Reineinkommens. Die Kantone kennen unterschiedliche Regeln. Die Abzugsmöglichkeit gilt für alle Hilfswerke mit Zewo-Gütesiegel. Für Hilfswerke ohne Gütesiegel führen die meisten Kantone eine Liste, aus der die Abzugsmöglichkeit einer Spende hervorgeht.
Zewo-Wegleitung «Mit Spenden Steuern sparen»:
rebrand.ly/spendensteuer

Ihre Reka-Checks für 2019

Rabatt auf sicher

Das ist mal eine schöne Tradition: die jährliche Dezember-Post der Unia, die Sie zum Kauf von Reka-Checks einlädt.

Was tun mit 500 Franken, die Sie nicht gleich ausgeben wollen? Unter die Matratze legen? Nein: Auf Geld zu schlafen ist doch einfach schlechter Stil! Auf dem Konto lassen? Auch nicht gerade sexy, bei Zinsen nahe null. Die bessere Idee: Kaufen Sie für diesen Betrag Reka-Checks!

FOTO: REKA

9000 STELLEN. Denn Reka-Checks erwerben Sie dank Ihrer Unia-Mitgliedschaft mit attraktivem Rabatt und sparen damit ein nettes Sümmchen. Bis zum Gebrauch aufbewahren müssen Sie die Checks zwar auch. Dafür sind sie so gut wie bares Geld. Einlösbar sind sie an 9000 Stellen in der ganzen Schweiz in den Bereichen Reisen und Freizeit. Sind Sie zum Beispiel Young-Boys-Fan? Das Berner Stade de Suisse akzeptiert an der Tageskasse Reka-Checks. Planen Sie Sprachferien mit Boa Lingua? Bezahlen Sie mit Reka-Checks. Und natürlich kaufen Sie auch Ihre Bahnbilletts damit, oder Sie bezahlen das Hotel und den nächsten Restaurantbesuch.

Die Liste der Annahmestellen finden Sie auf **rekaguide.ch,** oder Sie laden sich die Liste gleich mit der Reka-Guide-App aufs Smartphone. (jk)

workrätsel Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!

Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 20
Das Lösungswort lautete: WEIHNACHTSZEIT

	L		H			E			F		U	D			T					
O	P	A	Q	U	E		H	A	V	A	N	N	A		T	I	N	A		
	I	M		M		D	E	N		D		S	L		I			G		
S	L	A	L	O	M		D	A	V	O	S		L	F	R	E	D	O		
	A		I	R			E	L	E			S	A	L	A	M	I			
	T	O	R		A		M		R	P	M		S	O	M	M	E	R		
	U		A	T	E	M		N	G	O		K		R	I	A		E		
U	S			A		A		M	E	T	H	A	N		S		M	C		
		B	E	G	I	N	N		S	Z		T		M	U	S	I	K		
U	M	L	E	G	E	N			S		M	A	S	O		A	N			
		U		E			Z	A	E	S	U	R		S	A	L	U	T		
G	E	B	I	L	D	E		B	N		S		C	A		V		O		
	L		A	D	E	P	T			R	E	M		I	D	I	O	D		
P	O	S	T		J	O	S	T		E	U		A	K	O	N	T	O		
	V	O	R	W	A	E	R	T	S		M	U	T		E	I	N	S		

rätorom. Idiom	ital. Gebirgsjäger Mz.	sommerliche Schleckerei		Musik: zärtlich	Werkzeuge			Kniff, Trick	schweiz. Philosoph † (Hans)	Lurchtiere	ungebunden
								Wintersportort im Entlebuch			
			10					schweiz. Volksmusiker † 2004			
Wasserpark in Pfäffikon (SZ)		Nichtgefallen laut ausdrücken			eh. europ. Schnellzug			Warengestelle			oriental. Reis-Fleisch-Gericht
	4						Schiffstau		11		
Wort auf d. Wappen des Kt. VD			dt. Apotheker † 1918 (August)			12				gezieltes Vorhaben	
				1			schweiz. Kunstsammler † 2010		Schrott		
Gewässer bei Einsiedeln	Gartenammer		Trinkbedürfnis habend		engl. Grafschaft	Nichtgrieche in der Antike		6			
				hochwertig, kostbar					in der Schweiz hergestellt		
alte physik. Krafteinheit		kurz für: um das				sagenh. Schneemensch					Sieg beim Boxen
				stehendes Gewässer				Haushaltsplan	Walliser Gemüsekuchen		
unnachgiebig		Rufname von Onassis †		Hirnstrommesser		Nbfl. der Donau					frz. Artikel
Kautschukmilch			9			scherzhaft: US-Soldat			engl. Anrede (Abk.)		Gewichtseinheit (Abk.)
Opernlied					nagender Kummer					Zahnersatzteil	
eh. CH-Orientierungsläuferin							Krankenbahre				

	7		Epoche	alkohol. Hopfengetränk	Berg im Albula-Gebiet: Piz d'...	Bezirk	Zwerge, Kobolde
			Inseleuropäer Mz.				
			also, folglich (lat.)				
Gehörorgan					US-Bundesstaat		
frz. Nationalfahne (dt.)		Kykladeninsel	Name Noahs in der Vulgata		2		
							Schnelligkeit
	Kochsalzlösung		ehrenvolle Verdienste		an diesem Ort, dort		
8							
	3					frz.: elf	
		südamerik. Kuckuck		Abk.: ohne Ort			
ägypt. Sonnengott							Abk.: Segelschiff
				Abk.: Zeitschrift			
jedoch, während							

raetsel.ch

DEN PREIS, EIN HUAWEI MEDIAPAD M5 10 LTE von Swisscom, hat gewonnen: Hansueli Kämpf, Burgdorf BE. Herzlichen Glückwunsch!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 11. Januar 2019

INSERAT

Fachtagung Pflege: Gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen in Pflege und Betreuung

16. Februar 2019, 09.30 bis 16.30 Uhr
Im Unia Zentralsekretariat, Saal A,
Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

An der schweizweiten Fachtagung diskutieren Mitarbeitende aus Pflege und Betreuung die Ergebnisse der Unia-Pflegeumfrage. Gemeinsam wollen wir Lösungen finden, wie wir die Bedingungen in Pflege und Betreuung verbessern und Verschlechterungen stoppen können. Wir wissen: Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen.

Nimm auch du an der Fachtagung teil!
Bring dich ein, dein Beitrag ist wichtig.

Anmeldung bis am 8. Februar:
Online unter www.unia.ch/fachtagung-pflege
oder per E-Mail an gutepflege@unia.ch

Detailprogramm folgt unter www.unia.ch/events

Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen gutepflege.ch

UNIA

WORKLESERFOTO

Des Rauhreifs zarte Spur

WANN 28. November 2018
WO Burgdorf
WAS Bodenfrost
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz

Wie gut sind Sie?

FOTO: KEY

Neuer Bundesrat I:
Zwei neue Bundesrätinnen wurden je im ersten Wahlgang gewählt. Die wievielten?
a) Nummer 1 & 2?
b) Nummer 4 & 5?
c) Nummer 8 & 9?
d) Nummer 10 & 11?

Neuer Bundesrat II:
Wie heisst die neue Justizministerin der Schweiz?
a) Karin Kramp-Karrenbauer?
b) Katrin Keller-Schnarrenberger?
c) Katrin Leutheuser-Oberholzer?
d) Karin Keller-Sutter?

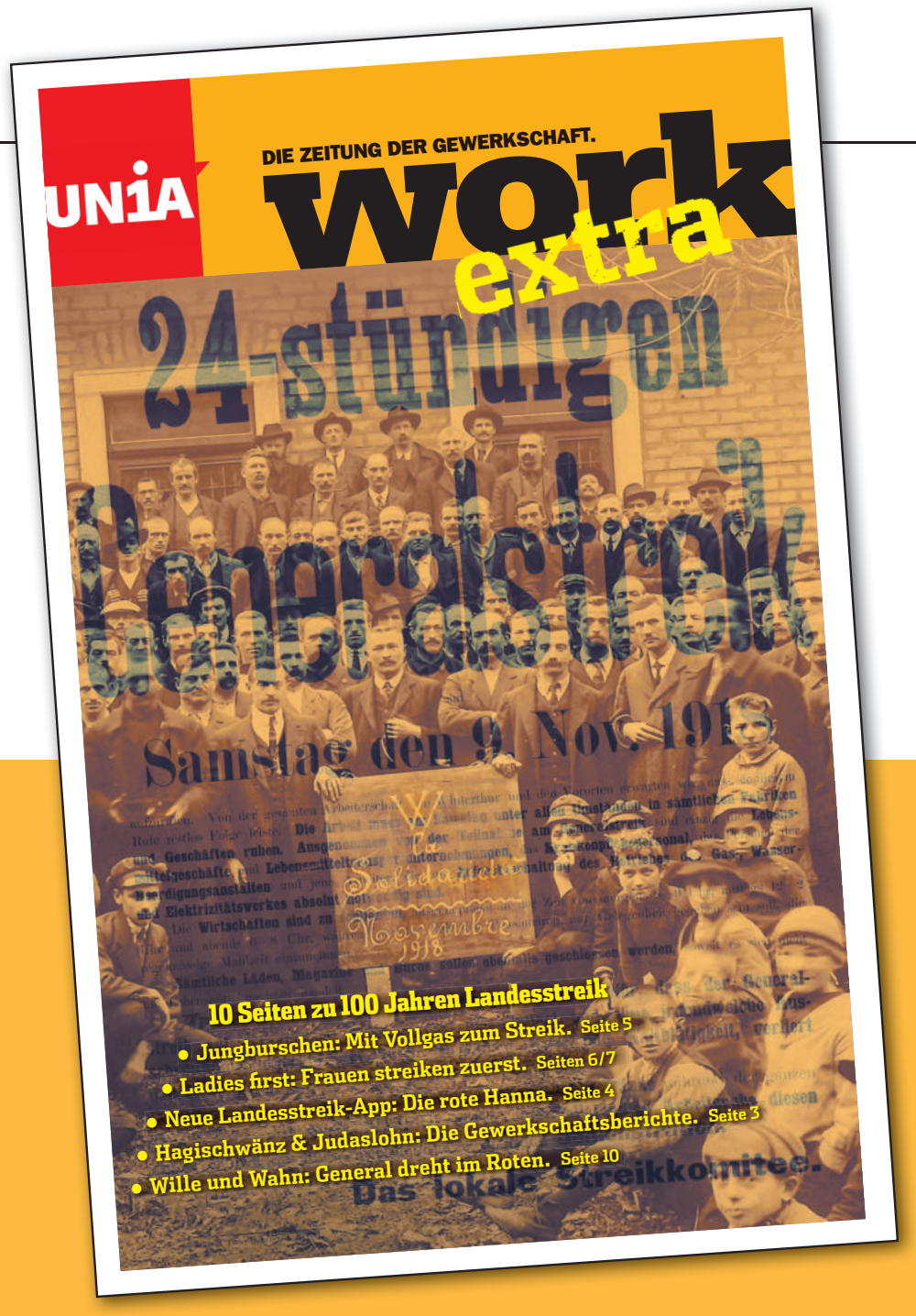
Neuer Bundesrat III:
In welches Departement desertiert der bisherige VBS-Vorsteher Guy-Parmelin?
a) in die Wirtschaft?
b) ins Innere?
c) zur Polizei?
d) ins Ausland?

Neuer Bundesrat IV:
Was heisst FHD?
a) Frauenhaardrama
b) Frauenhilfsdienst
c) Frauen haben Durst
d) Frauen haben Dezember

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c, 2d, 3a, 4b

INSERAT



10 Seiten zu 100 Jahren Landesstreik

- Jungburschen: Mit Vollgas zum Streik
- Ladies first: Frauen streiken zuerst
- Neue Landesstreik-App: Die rote Hanna
- Hagischwänz & Judaslohn: Die Gewerkschaftsberichte
- Wille und Wahn: General dreht im Roten

Jetzt gratis bestellen per Mail an: verlag@workzeitung.ch

Maya Schlegel (56) ist seit dreissig Jahren Hebamme. In dieser Zeit hat sich in ihrem Beruf einiges verändert.

Tausend einzigartige Geburten

Maya Schlegel muss fachlich und auch emotional immer auf der Höhe sein. Gerade deshalb ist für sie Hebamme ein Traumberuf.

FLORIAN SIEBER | FOTOS NICOLAS ZONVI

«Das werden wohl so etwa tausend Geburten gewesen sein», sagt Maya Schlegel auf die Frage, bei wie vielen Entbindungen sie schon dabei gewesen sei. «Und das Schönste am Beruf: es ist nie Routine. Jede Entbindung ist speziell und individuell.» Dabei fallen die tausend Geburten allein in die erste Hälfte von Schlegels Karriere. Damals arbeitete sie vor allem im Kreisssaal. Seit 2004 ist sie nicht mehr bei den Geburten dabei, sondern betreut die Neugeborenen und ihre Mütter im Wochenbett. Momentan arbeitet sie bei der Paracelsusklinik in Richterswil am Zürichsee und bietet zusätzlich als freischaffende Hebamme Kurse an. In der Klinik kontrolliert Schlegel bei den Müttern, ob die Rückbildung und die Milchbildung richtig verlaufen. Bei den Neugeborenen überwacht sie die Entwicklung, wiegt sie täglich und kontrolliert den Bauchnabel. Sie ist auch eine wichtige Ansprechperson für Eltern, ganz besonders beim ersten Kind. Und sie gibt das erste Rüstzeug in der Babypflege mit nach Hause. Maya Schlegel sagt: «Wir müssen auch fit in der Schulmedizin sein, weil wir jederzeit erkennen müssen, wann es einen Arzt oder eine Ärztin braucht.»

Zu den Aufgaben von Hebammen gehören auch Geburtsvorbereitungskurse, Schwangerschaftsvorsorge und Hilfe bei vielen verschiedenen Schwangerschaftsbeschwerden. Dabei sollten Hebammen stets freundlich und zugänglich sein. Schlegel sagt: «Und dennoch müssen wir Sicherheit ausstrahlen, an der sich die Eltern orientieren können. Wir müssen sehr präsent sein.» Mühsam an ihrem Beruf finde sie eigentlich nur, wenn ein Arzt versuche, ihr in die Hebammentätigkeit dreinzureden.

STERNENKINDER. Und es gibt auch belastende Seiten des Berufs. «Das ist schon sehr traurig, wenn ein Kind tot oder zu früh zur Welt kommt.» Doch man lerne, diesen Weg mit den Eltern zu gehen. Wichtig seien hier ein gutes Team, auf das sie sich während der Arbeit stützen könne, und der Ausgleich, den sie zu Hause finde. Geholfen habe auch, dass man mit solchen Situationen heute anders umgehe als noch zu Schlegels Ausbildungszeit. Sie sagt: «Früher wurden Babies, die vor der 28. Schwangerschaftswoche zur Welt kamen, möglichst schnell weggelegt. Die Eltern sollten sich nicht damit beschäftigen.» Solche Neugeborenen wurden nach ihrem Tod mit dem Klinikmüll entsorgt. Heute sei die Begleitung der Eltern viel näher, und auch Frühchen, die keine Chance auf Überleben hätten, würde man viel mehr als menschliche Wesen wahrnehmen. «Für solche Sternenkinder bereiten wir ein kleines Abschiedskistlein vor. Darin können die Eltern zur Erinnerung ein paar Kleinigkeiten aufbewahren, etwa ein Haarsträhnchen oder ein Nuscheli. So können sich die Eltern leichter verabschieden. Und das ist auch ein Grund, warum der ganze Prozess auch für mich als Hebamme nicht mehr so belastend ist.»

ROCK WEG. Der Hebammenberuf ist einer der ältesten Berufe überhaupt. Das Berufsbild hat sich aber in den letzten 30 Jahren enorm verändert. Die positivste Entwicklung? «Ich muss bei der Arbeit keinen Rock mehr tragen!» sagt Schlegel und lacht. Wichtig sei auch, dass der zwischenmenschliche Aspekt mehr in den Vordergrund gerückt sei. Das habe damit zu tun, dass sich die Haltung zu Geburten in der Gesellschaft geändert habe. Die werdenden Mütter wollten bei der Entbindung mehr mitreden. Schlegel sagt: «Dass wir bei Geburten in der Hocke oder in der Badewanne mithelfen, wäre in meiner Ausbildung noch nicht denkbar gewesen.» Das sei manchmal auch problematisch, wenn die Vorstellungen, wie die Geburt verlaufen solle, in Konflikt mit der Realität gerieten. Wenn etwa eine natürliche Geburt gewünscht werde, dies aus medizinischen Gründen aber nicht möglich sei. Was sie im Moment besonders negativ spüre, seien die Sparprogramme im Gesundheitswesen. Da pauschal festgelegt werde, wie viele Hebammen für wie viele Geburten zur Verfügung stünden, fehle teils Spielraum für individuelle Betreuung. «Der Spardruck ist leider spürbar.»

GEBURTSHELFER: Der Storch im Märchen und die Hebamme in der Wirklichkeit. Im Bild rechts ein knöchernes Becken, ein Schwangerschaftskalender und ein Pinard-Rohr, mit dem die Hebamme die Herztöne des Babys abhört.

FRAUENSACHE. Auch die Ausbildung hat sich grundlegend geändert. Wo früher noch eine Lehre nötig war, werden heute Hebammen an den Fachhochschulen von Genf, Bern, Lausanne oder Winterthur im Zuge eines Bachelorstudiums ausgebildet. Und der Beruf sei immer noch beliebt. So schlossen 2017 197 Personen eine Ausbildung zur Hebamme ab. Etwas ist aber gleich geblieben: Der Hebammenberuf bleibt eine klare Frauendomäne. Schlegel sagt: «Früher ging das nicht, doch dank dem Gleichstellungsgesetz dürfen nun auch Männer den Beruf ausüben.» Dennoch würden kaum Entbindungspfleger, wie die Berufsbezeichnung bei Männern lautet, ausgebildet. Der Verband zählt gerade mal zwei Männer.

Weil sie als freischaffende Hebamme arbeitet, ist Maya Schlegel im Schweizerischen Hebammenverband (SHV) organisiert. Das ist ein Mitgliedsverband im Schweizerischen Verband der Berufsorganisationen im Gesundheitswesen (SVBG). «Für freischaffende Hebammen ist die Mitgliedschaft vorgeschrieben. Damit sind wir immer über Tariferhöhungen und neue Richtlinien von den Krankenkassen auf dem laufenden.»

MAYA SCHLEGEL

DIE FRÜH-BERUFENE

Für Maya Schlegel stand früh fest, was sie beruflich machen will: «Ich habe die Ausbildung zur Krankenschwester gemacht, wusste aber schnell, dass ich als Hebamme arbeiten will.» Nach einem Hauswirtschaftsjahr begann die gebürtige Toggenburgerin eine Vorausbildung für Pflegeberufe in Frauenfeld und wurde dann Krankenschwester. Anschliessend machte sie eine dreijährige Lehre als Hebamme und arbeitet seit 1988 im Beruf. «Für mich ist das immer eine Berufung gewesen», erklärt sie.

AUSGLEICH. Heute wohnt Schlegel mit ihrer Familie in Richterswil. Als Ausgleich zum Berufsalltag geht sie gerne mit ihrer Tochter und ihrem Mann zum Wandern oder zum Skifahren in die nahe gelegenen Berge. Sie ist froh, dass sie in ihrem Beruf Teilzeit arbeiten kann, wodurch für sie Arbeit und Familie besser vereinbar sind. Das heisst aber auch, dass sie manchmal einspringen muss, wenn es mehr zu arbeiten gibt oder jemand ausfällt. Sie verdient 39.20 Franken pro Stunde.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Florian Sieber, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.